



Presseschau vom 20.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: "Syrisierung" Irans: Der Beitrag der deutschen Leitmedien zur US-Strategie

Während die Protestwelle in Iran abgeebbt ist, legen Strategen in der NATO und CIA sich ins Zeug, um die Unruhen am Kochen zu halten, da die USA derzeit keinen Plan B für die Eindämmung Irans in der Region haben. Mittlerweile haben auch deutsche Leitmedien ihren Beitrag zur US-Strategie, nämlich die "Syrisierung" Irans, geleistet. ...

<https://kurz.rt.com/3995> bzw. [hier](#)

Alexander Odintsow: Das Hauptgeheimnis der Sonderoperation: Was behindert unsere Armee?

Unsere Armee ist ohne Zweifel immer noch die Nummer 2 in der Welt, aber der gegenwärtige Krieg, der in Wirklichkeit eine Fortsetzung des Großen Vaterländischen Krieges von 1941-45 ist, unterscheidet sich grundlegend von ihm in seiner Form. Und das nicht nur aus "humanitären" Gründen. ...

[Originaltext](#) (rusvesna.su, russisch) bzw. [automatische Übersetzung](#) (deutsch)

Dagmar Henn: Xi Jinping: "Veränderungen von einer Größenordnung, wie seit hundert Jahren nicht"

Die Rede des chinesischen Präsidenten und Parteivorsitzenden Xi Jinping liefert einen selten deutlichen Einblick, wie die chinesische Führung Chinas Entwicklung lenken will und die globale Entwicklung bewertet. Hier sind die wichtigsten Punkte zusammengefasst. ...

<https://kurz.rt.com/39b2> bzw. [hier](#)

Ainura Alijewa: Wo könnte eine russische Offensive zu erwarten sein?

In den vergangenen Tagen haben russische Streitkräfte mehrere Versuche der Ukrainer zum Vorstoß an allen Frontabschnitten erfolgreich abgewehrt und im Gebiet Charkow lokal einen Erfolg verbuchen können. Wann und wo könnten russische Truppen demnächst in die Offensive gehen? Eine Analyse.

<https://kurz.rt.com/39cq> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Ukraine: Seit acht Jahren ist Bruderkrieg – "Die Welt" entdeckt ihn heute

Die tragische Entwicklung, die die ehemalige Sowjetrepublik Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit nahm, wird vom Westen bis heute verleugnet. Kein Wunder, er selbst hat

schließlich dafür gesorgt und tut jetzt so, als hätte er nicht Ukrainer auf Ukrainer gehetzt. ...
<https://kurz.rt.com/39d2> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:21 de.rt.com: Etwa fünf Millionen Menschen kamen vom Donbass nach Russland

In den vergangenen Jahren sind insgesamt etwa fünf Millionen Donbass-Bewohner nach Russland gekommen. Wie der Sekretär des Sicherheitsrats der Russischen Föderation Nikolai Patruschew erklärte, wollten sich die Flüchtlinge vor einem Genozid durch das Kiewer Regime retten. Nach einer Sitzung des Rats sagte er:

"Vor dem Hintergrund der Lockerung der Quarantäne-Einschränkungen nach der Corona-Pandemie ist die Anzahl der Ausländer, die nach Russland kommen – meist mit dem Ziel einer Arbeitsaufnahme –, um ein Drittel gestiegen. Etwa fünf Millionen Bewohner des Donbass und der südwestlichen Regionen der Ukraine fanden in Russland eine Zuflucht, um sich vor einem Genozid des neonazistischen Kiewer Regimes zu retten."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63500d48b480cc4fe7549ca7.jpg>

Ukrainische Flüchtlinge besteigen einen Bus in Belgorod, Aufnahme vom 15. September

20:49 de.rt.com: Diamanten, Erdöl, Uran – was die EU den Sanktionen nicht opfern will

"Heilige Kühe" bleiben unangetastet: Seit mehr als sieben Monaten verschonen die schärfsten EU-Sanktionen gegen Russland einige Wirtschaftsbereiche, so die Zeitung "The New York Times". Und allem Anschein nach wird es auch so bleiben.

"Die Belgier haben den Handel mit russischen Diamanten geschützt. Die Griechen verschiffen russisches Öl ungehindert. Frankreich und mehrere andere Länder importieren nach wie vor russisches Uran für die Atomstromerzeugung", stellte die US-amerikanische Zeitung The New York Times am 18. Oktober fest. "Einige heilige Kühe" werden immer wieder von den Sanktionen verschont, [brachte](#) es die Zeitung auf den Punkt – auch wenn es vielen EU-Ländern nicht gefalle.

The New York Times erklärte:

"Seit Februar hat die Europäische Union 1.236 Personen und 155 Unternehmen mit Sanktionen belegt, ihr Vermögen eingefroren und ihnen den Zugang zur EU versperrt. Sie hat den Handel mit Waren in fast 1.000 Kategorien und Hunderten von Unterkategorien verboten. Sie hat ein nahezu vollständiges Embargo gegen russisches Öl verhängt. Etwa ein Drittel der wertmäßigen Ausfuhren der EU nach Russland und zwei Drittel der Einfuhren wurden verboten.

Doch selbst jetzt bleiben einige Waren und Sektoren auffallend ausgenommen. Ein Blick auf

nur einige wenige Güter zeigt, wie intensiv einige Länder und die Privatwirtschaft in Hinterzimmern verhandeln und die Waffen schwingen, um Sektoren zu schützen, die sie für zu wertvoll halten, um sie aufzugeben – und welche Kompromisse die Europäische Union eingegangen ist, um den Konsens zu wahren."

Die Zeitung führte als Beispiel einen Fall an, der sich während der Vorbereitung des letzten Sanktionspakets ereignet hat – als die EU die Diamanten von der Liste gestrichen hatte. Damals habe der Europäische Auswärtige Dienst, der mit der Kommission bei der Ausarbeitung von Sanktionen zusammenarbeitet, eine Nachricht nicht erhalten, nach der die Diamanten ausgenommen bleiben sollten. So geriet das staatliche russische Diamantunternehmen Alrosa irrtümlich auf die Sanktionsliste. The New York Times führte fort:

"Sobald Alrosa in den Entwurf aufgenommen worden war, wurde es schwierig, es wieder zu entfernen. Als man den Fehler bemerkte, zogen Polen und andere Länder, die eine harte Linie zugunsten der Ukraine vertreten, die Verhandlungen über das Paket so weit wie möglich in die Länge, wobei sie davon ausgingen, dass Alrosa tatsächlich mit Sanktionen belegt werden sollte. Am Ende setzten sich Einstimmigkeit und Schnelligkeit durch und Alrosa exportiert weiterhin in die Europäische Union."

Die Situation habe "die intensiven Interventionen" der belgischen Regierung aufgedeckt, die das Ziel hatten, die eigene Diamanten-Branche zu schützen, so die Zeitung. Dabei sei die Ausfuhr von Rohdiamanten "für Russland sehr lukrativ und wird über den belgischen Hafen Antwerpen abgewickelt". Der Handel mit Diamanten habe einen Wert von 1,8 Milliarden Euro pro Jahr, so die Zeitung, und werde von Belgien seit mehreren Monaten erfolgreich geschützt.

Ähnlich ginge es mit der Kernenergie und mit dem Öl-Transport. Da die Kernkraftwerke in Frankreich, Ungarn, der Slowakei, Finnland und anderen EU-Ländern von den russischen Uranexporten abhängig sind, seien die Befürworter der Aufrechterhaltung der russischen Uranlieferungen der Meinung, die Fähigkeit der EU-Länder, "während einer akuten Energiekrise durch den Betrieb ihrer Kernkraftwerke Strom zu erzeugen", sei wichtiger als die politischen Vorteile.

Eine der "komplexesten und wichtigsten Lobbying-Bemühungen" zum Schutz einer europäischen Industrie vor Sanktionen sei The New York Times zufolge die, "die griechische Diplomaten unternommen haben, um den in griechischem Besitz befindlichen Tankern den Transport von russischem Öl zu außereuropäischen Zielen zu ermöglichen".

Manche EU-Länder seien aber mit diesen "Ausnahmen" nicht zufrieden, schrieb die Zeitung: "Regierungen, die durch die Sanktionen zur Unterstützung der Ukraine bereitwillig große Einbußen hinnehmen mussten und dadurch Einnahmen und Arbeitsplätze verloren haben, sind verbittert darüber, dass ihre Partner im Block weiterhin hartnäckig ihre eigenen Interessen schützen."

Die ukrainische Regierung habe diese Ausnahmeregelungen ebenfalls immer kritisiert, schrieb The New York Times. So hatte Wladimir Selenskij zum Beispiel den europäischen Ländern vorgeworfen, "die Opfer zu scheuen" und deshalb weiterhin Geschäfte mit Russland zuzulassen. Er hatte auch den Versuch Belgiens, den Diamantenhandel von den Sanktionen auszunehmen, in seiner Rede vor dem belgischen Parlament im März direkt angesprochen. Er warf den Verantwortlichen vor, dass es Menschen gebe, "für die die in Antwerpen verkauften Diamanten wichtiger sind als der Kampf", den die Ukraine führe und fügte hinzu: "Der Frieden ist viel mehr wert als Diamanten."

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass seine Stimme gehört und der Unmut einiger EU-Länder berücksichtigt wird. Viel wahrscheinlicher ist, dass einige Branchen von den Sanktionen weiterhin ausgenommen bleiben, so The New York Times. Der Grund dafür ist einfach: Nur durch solche Ausnahmen ist es Brüssel bisher gelungen, zumindest eine gewisse Einigkeit bezüglich der antirussischen Sanktionen zu erzielen. "Dies ist der Preis der Einstimmigkeit",

meinte gegenüber der Zeitung Jacob Kirkegaard, Senior Fellow im Brüsseler Büro der Forschungsgruppe des GMF (German Marshall Fund of the United States) und fasste es so zusammen:

"Wir würden gerne alles einbeziehen, auch Diamanten und alles andere, was von besonderem Interesse ist, aber ich bin der Meinung, dass wenn es nötig ist, etwas zu verschonen, damit alle zusammenzuhalten, dann soll es so sein."

Wie russische Medien meldeten, scheint der Sanktionsdruck jedoch allmählich nachzulassen – wenn man die Statistiken über die EU-Einfuhren aus Russland betrachtet.

Kürzlich berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass dreizehn EU-Länder im Sommer ihre Einfuhren aus Russland erhöht haben. So waren nach Angaben der Agentur die Warenimporte aus Russland in zehn Ländern höher als im Winter. Slowenien steigerte die Einfuhren russischer Waren um das 4,4-fache, Kroatien um das 2,7-fache und die Tschechische Republik um das Zweifache. Malta importiert jetzt 88 Prozent mehr russische Waren als im Winter, Spanien 46 Prozent, Belgien 39 Prozent, Luxemburg 22 Prozent, Zypern 13 Prozent, Estland 11 Prozent und Bulgarien 10 Prozent, so die Agentur.

Am 18. Oktober berichtete auch die Zeitung Kommersant über einen Anstieg der Einfuhren russischer Waren und Rohstoffe nach Griechenland:

"Im August dieses Jahres beliefen sich die Einfuhren aus Russland nach Griechenland auf 1.207 Millionen Euro, was einem Anstieg von 178,3 Prozent im Vergleich zum August des Jahres 2021 entspricht, als sich die Einfuhren auf 433,7 Millionen Euro beliefen, wie aus einem Bericht des griechischen Statistikamtes Elstat hervorgeht. Griechenland kaufte Gas, Öl und Raffinerieprodukte im Wert von 1,12 Milliarden Euro. Für 57 Millionen Euro kaufte es unverarbeitetes Aluminium."

Auch die Importe von Waren aus Russland in die USA haben in den letzten Monaten leicht zugenommen, nachdem sie seit dem Beginn der Militäroperation in der Ukraine stetig zurückgegangen waren, berichtete die Nachrichtenagentur TASS am 5. Oktober. In einem Kommentar für die Internetplattform Federal Press kommentierte der Politikwissenschaftler Konstantin Bobrow diese Zahlen:

"Es ist wichtig festzustellen, dass der Trend zur Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland stetig positiv ist. Es liegt im nationalen Interesse aller europäischen Akteure, die partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland wiederherzustellen. Die Verschärfung der Folgen der durch den Sanktionskrieg verursachten Wirtschaftskrise wird eine wachsende Zahl europäischer Länder dazu veranlassen, ihre Außenpolitik gegenüber Russland radikal zu überdenken."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fd7dd48fbef06f0321549.jpg>

20:49 de.rt.com: **Interimsgouverneur des Gebiets Cherson: Bereits mehr als 7.000 Zivilisten evakuiert**

Der Interimsgouverneur des Gebiets Cherson Wladimir Saldo hat mitgeteilt, dass nach seinen Berechnungen bereits mehr als 7.000 Menschen evakuiert worden seien. Saldo sagte, die Lage

in der Stadt Cherson sei ruhig, und er betonte, dass die in Cherson gebliebenen russischen militärischen Einheiten zahlenmäßig "sehr stark" seien.

21:25 de.rt.com: **US-Medien: Russlands Drohnen aus iranischer Produktion erschweren Israels Balanceakt**

Die Drohnen aus iranischer Produktion, mit denen Russland Ziele in der Ukraine ins Visier nimmt, gefährdet Israels "Balanceakt" zwischen Russland und dem Westen. Iran hat mehrfach Berichte über Waffenlieferungen an Russland dementiert.

Die Drohnen aus iranischer Produktion, mit denen Russland kürzlich das Zentrum von Kiew ins Visier nahm, hätten Israels "Balanceakt" zwischen Russland und dem Westen erschwert, kommentierte die [AP-Agentur](#) am Mittwoch. Seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine im vergangenen Februar hat sich Israel weitgehend zurückgehalten, um seine Beziehungen zum Kreml nicht zu gefährden. Israel lieferte zwar humanitäre Hilfe an die Ukraine, lehnte aber die Forderung Kiews nach der Lieferung von Luftabwehrsystemen und anderer militärischer Ausrüstung bisher ab.

Doch mit den Nachrichten über die sich vertiefenden Beziehungen Moskaus zu Teheran, Israels Erzfeind, wächst der Druck auf Israel, die Ukraine in diesem zermürbenden Krieg zu unterstützen, hieß es bei AP. Israel führt seit langem einen Schattenkrieg gegen Iran im gesamten Nahen Osten.

Oberstleutnant Richard Hecht, ein Militärsprecher der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte, sagte, der Einsatz von Selbstmorddrohnen in der Ukraine hätte in Israel neue Sorgen ausgelöst.

"Wir sehen uns das genau an und überlegen, wie die Iraner sie gegen israelische Bevölkerungszentren einsetzen können", sagte Hecht. Die Debatte brach am Montag offen aus, als ein israelischer Kabinettsminister die Regierung aufforderte, sich auf die Seite der Ukraine zu stellen. Der Minister für Angelegenheiten der Diaspora des Staates Israel, Nachman Shai, warnte am Sonntag auf Twitter vor der angeblichen Lieferung iranischer ballistischer Raketen an Russland. "Es besteht kein Zweifel mehr, dass Israel in diesen blutigen Konflikt verwickelt werden muss", sagte Shai und schlug vor, Militärhilfe "wie die USA und die NATO-Staaten" zu leisten. Der frühere russische Präsident und derzeit stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Dmitri Medwedew hat als Reaktion Israel mit einem Abbruch der bilateralen Beziehungen gedroht, sollte Israel demnächst die Ukraine militärisch unterstützen.

Israel lehnte am Montag ein Ersuchen der Ukraine ab, ein Telefongespräch zwischen dem israelischen Verteidigungsminister Benny Gantz und dessen ukrainischen Amtskollegen Alexei Resnikow zu organisieren. Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz erklärte am Dienstag in einem Interview, dass Tel Aviv "keine Waffen an die Ukraine verkauft". Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba erklärte gestern, seine Regierung werde Israel in einer offiziellen Note um Luftabwehrwaffen bitten.

Seit Jahren unterhalten Russland und Israel gute Arbeitsbeziehungen und stimmen sich eng ab, um Zusammenstöße im Luftraum über Syrien zu vermeiden, wo die russische Luftwaffe die Lufthoheit innehat. Israel hatte in der Vergangenheit ukrainische Anfragen zur Lieferung von Luftabwehrsystemen wie Iron Dome abgelehnt, wofür der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den jüdischen Staat im vergangenen Monat öffentlich gerügt hatte. Der Ukraine-Krieg hat das Verhältnis zwischen Israel und Russland bereits zuvor belastet. Vor Kurzem stellte Moskau die Aktivitäten der Jewish Agency in Russland ein.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fed9d48fbef5cae2f8a0c.jpg>

Drohne über Kiew am 17. Oktober 2022

21:54 de.rt.com: **Menschenrechtsbeauftragte der LVR bezeichnet Bedingungen der ukrainischen Kriegsgefangenschaft als unmenschlich**

Kriegsgefangene Angehörige der Lugansker Volksmiliz werden in der Ukraine unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht. Dies hat die Menschenrechtsbeauftragte der Lugansker Volksrepublik, Wiktorija Serdjukowa, der Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärt.

Zuvor hatte der Pressedienst der republikanischen Verteidigungsbehörde eine Rückkehr von elf Lugansker Militärangehörigen aus der Kriegsgefangenschaft gemeldet. Nach Serdjukowas Angaben seien die Soldaten in der Ukraine Folter und psychischem Druck ausgesetzt gewesen. Einer der Soldaten habe Stichwunden erlitten. Die Beamtin berichtete:

"Die Bedingungen der Verwahrung waren schrecklich, es fehlte an Essen, sie befanden sich die ganze Zeit in den Zellen und hatten keine Möglichkeit, sich mit Verwandten in Verbindung zu setzen. Einige wurden in Strafverfahren verurteilt und erhielten keine juristische Hilfe oder Beratung."

Serdjukowa fügte hinzu, dass die Gefangenen ohne Dokumente zurückgekehrt sind. Sie schilderte:

"Alle Dokumente wurden ihnen weggenommen und vernichtet. Sie hatten keine Pässe oder Militärausweise."

22:14 de.rt.com: **Was sich mit der Verhängung des Kriegsrechts in Russland ändert – und was nicht**

Mit der Verhängung des Kriegsrechts in den Gebieten Cherson und Saporoschje sowie den Volksrepubliken Donezk und Lugansk geht die erste Phase der Speziellen Militäroperation zu Ende. Laut dem Kreml lehnt Kiew jegliche Verhandlungen konsequent ab, deswegen zieht Moskau nun Konsequenzen.

Auf einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates am 19. Oktober hat Präsident Wladimir Putin die Einführung des Kriegsrechts in den beiden Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson angeordnet. Formal wird der neue Rechtsstatus bereits einen Tag später in Kraft treten. Zwar ergeben sich daraus vor allem Veränderungen im Alltag der vier Territorien, die kürzlich zu Russland gekommen sind, aber auch das Hinterland ist betroffen.

Die Bestimmungen im Einzelnen

In den vier Frontgebieten werden folgende Regelungen [eingeführt](#):

- Die öffentliche Ordnung soll verstärkt geschützt werden, wozu auch die Bewachung von militärischen, wichtigen staatlichen und besonderen Einrichtungen gehört;
- Verbot oder Beschränkung der Ausreise von Bürgern aus der Region;
- Einführung der Militärzensur für Sendungen und Mitteilungen;

- Überwachung des Telefonverkehrs;
- Einbindung der Massenmedien zu Verteidigungszwecken;
- Bürger und Fahrzeuge können für einen Zeitraum von maximal 30 Tagen festgehalten werden;
- Durchführung von Leibesvisitationen bei Bürgern, Durchsuchung von deren Hab und Gut, Wohnungen und Fahrzeugen;
- Verhängung von Ausgangssperren (Verbot für Bürger, sich zu bestimmten Tageszeiten auf der Straße oder an anderen öffentlichen Orten aufzuhalten);
- Beschlagnahme von für die Verteidigung notwendigen Gütern von Organisationen und Bürgern gegen Bezahlung ihres Wertes;
- Beteiligung der Bürger an Arbeiten für Verteidigungszwecke, an der Wiederherstellung zerstörter lebenserhaltender Systeme und an der Bekämpfung von Bränden.

Abgestufte Reaktionen

Diese Maßnahmen gelten in den vier genannten Territorien. Ergänzend werden drei weitere [Reaktionsstufen](#) eingeführt. Unterhalb und im Unterschied zum Kriegsrecht gilt in acht frontnahen Grenzregionen ein sogenanntes "Mittleres Reaktionsniveau". Dazu zählen die Krim, die Stadt Sewastopol sowie die Gebiete Krasnodar, Belgorod, Brjansk, Woronesch, Kursk und Rostow.

Eine "Erhöhte Alarmstufe" wird in den übrigen Gebieten des Zentralen und Südlichen Föderationskreises verhängt (insgesamt gibt es acht Föderationskreise in der Russischen Föderation, in denen jeweils mehrere Föderationssubjekte zusammengefasst sind). In allen anderen Gebieten der Russischen Föderation gelten bis auf weiteres keine Einschränkungen. Das bedeutet, dass im weit überwiegenden Teil der Russischen Föderation keine Änderungen nach Verhängung des Kriegsrechts in den vier betroffenen Subjekten zu spüren sein dürften und das Alltagsleben weiter seinen Gang geht.

Präsident Putin hat den Moskauer Bürgermeister Sergei Sobjanin angewiesen, als Leiter der Kommission des Staatsrats die Koordinierung der Arbeit der Regionen zur Verbesserung der Sicherheit zu übernehmen.

Neues Koordinierungsgremium

Die Einführung des Kriegsrechts war jedoch nicht die einzige Maßnahme, mit der Moskau die Militäroperation den aktuellen Erfordernissen anpassen will. Parallel hat Präsident Putin [angewiesen](#), eine sogenannte "Sonderkoordinierungskommission" bei der Regierung einzurichten. Aufgabe dieses Gremiums soll sein, alle Aktivitäten des Militärs besser zu koordinieren. Dazu zählen etwa die Organisation des Nachschubs, verbesserte Fähigkeiten bei Reparatur- und Bauarbeiten, aber auch medizinische und Sanitätsdienste. Aus der Aufzählung der diversen Aufgaben ergibt sich, dass die Produktion von Gütern und deren Bereitstellung für das Militär effizienter gestaltet werden soll. Alle Aktivitäten, die einen Bezug zur Militäroperation haben, wozu neben den ökonomischen Fragen auch soziale und medizinische gehören, sollen von der neuen Kommission einheitlich geregelt werden.

Das Verteidigungs- und Innenministerium werden zu dieser Koordinierung herangezogen, aber auch das Katastrophenschutzministerium, ebenso die verschiedenen Geheimdienste. Manche Kommentatoren sehen in der Einrichtung dieser Sonderkoordinierungskommission eine gewisse Parallele zum "Staatlichen Verteidigungskomitee der UdSSR", das in der Sowjetunion während des Großen Vaterländischen Krieges gebildet wurde, um die Verteidigung des Landes zu koordinieren.

Ebenfalls zum 20. Oktober wurde der Premierminister [Michail Mischustin](#) verpflichtet, einen Entwurf für einen Präsidialerlass vorzulegen, nach dem dann der neue Koordinationsrat gebildet werden soll.

Territorialverteidigung

Putin erinnerte daran, dass das Kriegsrecht in den neuen Subjekten bereits vor deren Eingliederung zu Russland in Kraft war und nun im Rahmen der russischen Gesetzgebung

formalisiert werden muss. Nach dem Präsidialerlass erhalten die Leiter der jeweiligen Territorien zusätzliche Sicherheitsbefugnisse. Dazu sagte der russische Präsident weiter: "In den angegliederten Gebieten wird die territoriale Verteidigung eingeführt. [...] Die Führer der Subjekte der Russischen Föderation müssen bereit sein, schnelle und abgewogene Entscheidungen zu treffen; auf allen Ebenen der Regierung ist Konzentration erforderlich." Manche politischen [Beobachter](#) in Russland gehen davon aus, dass die Gouverneure somit zwar unaufdringlich, aber dennoch wirkungsvoll in das Unterstützungssystem für die Streitkräfte und die gesamte Operation eingebunden werden. Ebenso würde auf kommunikativer Ebene jeder Anschein von etwas Außergewöhnlichem vermieden. Vielmehr sollten Front und Hinterland unauffällig miteinander verzahnt werden, was als unvermeidlich für eine drohende und umfassende Konfrontation mit dem Westen angesehen wird.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fff7e48fbef1dfe2a2eef.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin während der Sitzung des Sicherheitsrates, auf der das Kriegsrecht für die Subjekte Cherson, Saporoschje, Donezk und Lugansk verhängt wurde, Nowo-Ogarjowo bei Moskau, 19. Oktober 2022

22:18 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Ukraine wirbt Terroristen aus Zentralasien an**

Ukrainische Auslandsvertretungen werben Angehörige terroristischer Organisationen, vorzugsweise aus zentralasiatischen Ländern, als Söldner an. Dies erklärte der Leiter des Ausschusses für neue Bedrohungen des russischen Außenministeriums Wladimir Tarabrin. Während einer Gipfelkonferenz für internationale und regionale Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung in Duschanbe sagte er gemäß der Nachrichtenagentur TASS:

"Ganz zu schweigen ist von der Anwerbung von Kämpfern aus internationalen Terrororganisationen für ihren Einsatz auf Seiten des Kiewer Regimes durch einige Länder und durch ukrainische diplomatische Vertretungen unter Verletzung der Wiener Konvention über diplomatische Vertretungen. Vorzug eingeräumt wird dabei Personen, die aus Zentralasien stammen."

Tarabrin fügte hinzu, dass eine weitere Gefahr in unkontrollierten Waffenlieferungen durch westliche Länder an Kiew bestehe. Schätzungsweise 15 bis 20 Prozent dieser Waffen gelangen in die Hände von Terrorgruppen, so der Diplomat.

22:22 de.rt.com: **Erdoğan bestätigt Vereinbarung mit Putin: Türkei soll zum Umschlagpunkt für Erdgas werden**

Nach dem Vorschlag des russischen Präsidenten Putin, in der Türkei einen internationalen Gashub für Erdgas ins Leben zu rufen, bestätigt der türkische Staatschef Erdoğan, die entsprechende Vereinbarung getroffen zu haben. Infrage kommen auch Lieferungen nach Europa.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat am Mittwoch eine Abmachung zwischen Moskau und Ankara getroffen, in der Türkei einen internationalen Handelsplatz und eine

Börse für Erdgas zu schaffen. Auf einer Sitzung seiner Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) sagte der Politiker, Europa werde Gas aus Russland über die Türkei bekommen.

"Jetzt denkt Europa darüber nach, wie es sich im kommenden Winter mit Energie versorgen soll. Gott sei Dank haben wir dieses Problem nicht. Mehr noch: Bei unserem jüngsten Treffen haben Wladimir Putin und ich vereinbart, in der Türkei einen Gashub zu schaffen, über den nach seinen Worten Erdgas nach Europa geliefert werden kann."

Erdoğan zufolge sei die Schaffung des Umschlagplatzes für Erdgas aus Russland bei den Verhandlungen der beiden Präsidenten am 13. Oktober erörtert worden. Der Knotenpunkt solle in kürzester Zeit entstehen. Als den besten Ort dafür nannte der türkische Staatschef die Region Thrakien im europäischen Teil des Landes.

Letzten Mittwoch hatte Putin bei dem Energieforum in Moskau vorgeschlagen, den Gashub in der Türkei zu schaffen. Dem Präsidenten zufolge gehe es auch um den Bau einer neuen Pipeline, die Gas in Drittländer liefern werde. Wenn europäische Länder Interesse hätten, könnten sie auf diese Weise russisches Erdgas von der Türkei kaufen. Putin betonte auch, dies könne helfen, die verlorenen Lieferumfänge nachzuholen. Eine solche Entscheidung sei wirtschaftlich günstig, die Sicherheit der Lieferungen werde auch erhöht. Am Donnerstag betonte Putin bei dem Treffen mit dem türkischen Präsidenten, dass die Schaffung des Hubs ermögliche, die Preisermittlung auf einem normalen Marktniveau entpolitisiert zu regulieren. Nach Angaben des Forschungsunternehmens Rystad Energy sank im September der gesamte Gaslieferumfang Gazproms über Nord Stream und TurkStream nach Europa um 70 bis 80 Millionen Kubikmeter pro Tag. Vor einem Jahr belief sich die Gasmenge auf 380 Millionen Kubikmeter täglich.

Der russische Energiekonzern Gazprom hatte im Sommer die Lieferungen über die Gaspipeline Nord Stream 1 gestoppt. Gründe dafür waren technische Probleme bei der Wartung und eine fehlende Turbine. Ende September wurden drei der vier Röhren von Nord Stream 1 und 2 durch Sabotage zerstört. Die Möglichkeiten der Reparatur sind noch ungewiss. Derzeit liefert Russland über die ukrainische Pipeline täglich 40 bis 43 Millionen Kubikmeter Gas nach Europa.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634ff11648fbef1c0e4fc21d.jpg>

Russlands Präsident Wladimir Putin am 13. Oktober 2022 in Astana mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan

22:53 de.rt.com: **Steinmeier sagt Reise nach Kiew ab**

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat eine geplante Reise in die Ukraine kurzfristig verschoben. Dafür ausschlaggebend waren nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur Sicherheitsbedenken. Steinmeier wollte sich an diesem Donnerstag in Kiew mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij treffen. Die offiziell nicht angekündigte Reise soll den Informationen zufolge zeitnah nachgeholt werden.

Die ukrainische Seite habe sich nach Angaben der Bild-Zeitung irritiert über die Absage

gezeigt. Das Blatt zitierte einen ukrainischen Regierungsmitarbeiter:
"Während der Bundespräsident seinen Besuch absagt, gibt es viele internationale Diplomaten und Gäste, die gerade jetzt in der Hauptstadt Präsenz zeigen wollen."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63504dc648fbef1c002b596c.jpg>

vormittags:

6:00 de.rt.com: Saudi-Arabien bekundet Interesse an BRICS-Mitgliedschaft

Inmitten eines Streites mit dem bisherigen Verbündeten Saudi-Arabiens, den Vereinigten Staaten, bekundete der arabische Staat laut dem Präsidenten Südafrikas Interesse an einer Mitgliedschaft in der BRICS-Gruppe.

Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa hat nach einem Treffen mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman am Montag erklärt, dass Saudi-Arabien bereit sei, den BRICS-Staaten beizutreten.

Der südafrikanische Präsident, der seinen Staatsbesuch im Königreich abschloss, betonte, dass der Beitritt Saudi-Arabiens zu den BRICS eine "wichtige Veränderung in den Ländern, die den Block bilden", bedeuten würde. Ramaphosa erklärte:

"Die BRICS-Staaten werden sich im nächsten Jahr zu einem Gipfel unter dem Vorsitz Südafrikas treffen. Und die Angelegenheit wird geprüft werden."

Ohne die Namen der Länder zu nennen, erklärte Ramaphosa, dass sich mehrere weitere Staaten um einen Beitritt zu dem Block bemüht hätten, der 40 Prozent der Weltbevölkerung repräsentiert.

Im vergangenen Jahr hatten Argentinien und Iran einen Antrag auf Mitgliedschaft in den BRICS gestellt. Der nordafrikanische Staat Algerien bekundete ebenfalls Interesse an einer Mitgliedschaft.

Die Gespräche zwischen Saudi-Arabien und Südafrika fanden inmitten eines Streits zwischen Riad und Washington über die Entscheidung der OPEC statt, die Förderquoten um zwei Millionen Barrel pro Tag zu senken. US-Präsident Joe Biden drohte Saudi-Arabien letzte Woche mit nicht näher bezeichneten "Konsequenzen" und beschuldigte den langjährigen Verbündeten, sich in der Ukraine-Krise auf die Seite Russlands zu stellen. US-Gesetzgeber haben gefordert, die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien zu beenden, etwa Waffenverkäufe zu stoppen oder die militärische Unterstützung einzustellen.

Der saudische Prinz Saud al-Shaalan reagierte am Samstag wütend und warnte westliche Staatsführer davor, das Königreich zu bedrohen. "Jeder, der die Existenz dieses Landes und dieses Königreichs in Frage stellt, [sollte wissen, dass] wir alle, Projekte des Dschihad und des Märtyrertums [sind]. Das ist meine Botschaft an jeden, der glaubt, er könne uns bedrohen." Verteidigungsminister Khalid bin Salman sagte, die saudische Führung sei "erstaunt" über die falschen Anschuldigungen der USA, Riad stehe auf der Seite Russlands gegen die Ukraine.

Berichten zufolge entwickeln Russland, China und andere BRICS-Mitglieder eine neue globale Reservewährung, die die Vorherrschaft des US-Dollars untergraben könnte. Die Aufnahme Saudi-Arabiens in den Block hätte potenziell weitreichende Auswirkungen, da die Stärke des Dollars zum Teil auf seinen Status als dominierende Währung auf den internationalen Ölmärkten zurückzuführen ist. Saudi-Arabien hat Berichten zufolge erwogen, Rohöl in chinesischen Yuan zu verkaufen.

Der Block wurde im Jahr 2006 gegründet, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern und gemeinsame Ansätze für die globalen wirtschaftlichen Herausforderungen zu entwickeln.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635010bcb480cc519d69d287.jpeg>

6:15 de.rt.com: **Indisch-russische Rüstungsfirma strebt höhere Auslandsumsätze mit Überschall-Marschflugkörpern an**

Die Regierung Modi hat sich das Ziel gesetzt, die indische Rüstungsproduktion bis 2025 auf 25 Milliarden Dollar zu steigern. Rund 20 Prozent sollen in den Export gehen. Ein russisch-indisches Unternehmen strebt allein an, mit seinen Überschall-Marschflugkörpern fünf Milliarden US-Dollar zu erreichen.

Das russisch-indische Joint Venture BrahMos Aerospace will das Ziel von Premierminister Narendra Modi, die jährlichen Rüstungsexporte des südasiatischen Landes bis 2025 auf fünf Milliarden US-Dollar zu steigern, im Alleingang erreichen. Der Geschäftsführer des Unternehmens, Atul Rane, sagte am Dienstag gegenüber der indischen [Nachrichtenagentur ANI](#):

"Wir hoffen, dass BrahMos Aerospace allein in der Lage sein wird, diese Zahl bis zu diesem Zeitpunkt zu erreichen."

Er fügte hinzu:

"Wir hoffen, weitere Aufträge von den Philippinen zu erhalten, und wir sprechen mit Vietnam, Malaysia und vielen anderen Ländern über Exporte."

Indonesien gehört ebenso zu den potenziellen Käufern der Überschall-Marschflugkörper des Unternehmens. Anfang dieses Jahres konnte BrahMos einen Auftrag im Wert von 375 Millionen US-Dollar mit den Philippinen abschließen. Dabei handelte es sich um die landgestützte, schiffsabwehrende Variante des aktuellen Raketensystems des Unternehmens. BrahMos wird dem philippinischen Marinekorps drei Raketenbatterien sowie Ausbildungs- und logistische Unterstützungsdienste zur Verfügung stellen.

Die erste Erprobung der nächsten Raketengeneration des Unternehmens ist für Mitte 2024 geplant. Damit könnte der Weg frei sein, um die Produktion in einem neuen Werk im Bundesstaat Uttar Pradesh bereits 2025 aufzunehmen, so Rane. Das neue Modell wiege nur etwa halb so viel wie die derzeitigen nuklearfähigen Raketen des Unternehmens, so dass Flugzeuge mehr davon transportieren könnten. Der Geschäftsführer des Unternehmens fügte hinzu:

"NG [Nächste Generation] ist unsere größte Hoffnung für die Zukunft, was den Export betrifft."

Der BrahMos-Chef erklärte weiter, dass Indien bei der Produktion der aktuellen Raketen des

Unternehmens einen Eigenanteil von 68 Prozent erreicht habe und hoffe, diesen Anteil irgendwann auf 100 Prozent zu steigern. Die Produkte des Unternehmens, dessen Hauptsitz in Neu-Delhi ist, werden jedoch weiterhin in Partnerschaft mit Russland im Rahmen der gemeinsamen 50-50-Operation verkauft. Der Name des Konzerns wird aus Teilen der Namen zweier Flüsse, des indischen Brahmaputra und der russischen Moskwa, geformt. Bevor das Unternehmen zu Beginn dieses Jahres in den Export ging, waren die Einnahmen von Indiens Luftwaffe, Marine und Armee abhängig. Die ursprüngliche BrahMos-Rakete, die erstmals 2001 getestet worden war, kann vom Land, aus der Luft oder vom Meer aus gestartet werden und ist dreimal schneller als die Schallgeschwindigkeit. Indien stellt auch russische MiG- und Su-30-Kampffjets in Lizenz mit Russland her. Berichten zufolge erwägen die beiden Staaten, [mehr russische Waffen](#) in Indien zu produzieren. Die Regierung Modi hatte sich im vergangenen Jahr das Ziel gesetzt, die indische Rüstungsproduktion bis 2025 auf 25 Milliarden Dollar zu steigern, wovon etwa 20 Prozent exportiert werden sollen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634ffceb48fbef1c002b5935.jpg>

Überschall-Marschflugkörper von "BrahMos"

7:01 de.rt.com: **Ukraine schaltet flächendeckend Strom ab**

Schäden an den Energienetzen zwingen die Ukraine am Donnerstag zu landesweiten Stromabschaltungen. Der Präsident des Landes Wladimir Selenskij rief die Bürger zur Mithilfe auf. Er betonte:

"Wir werden alles tun, um die normale Energieversorgung unseres Landes wiederherzustellen. Aber es braucht Zeit und unsere gemeinsamen Anstrengungen mit Ihnen."

Nach jüngsten Angaben der Regierung in Kiew haben die russischen Raketen- und Drohnenangriffe in den vergangenen Tagen 40 Prozent der Energieinfrastruktur beschädigt.

7:43 de.rt.com: **Bezirksbehörden: Ukrainische Streitkräfte könnten Wasserkraftwerk Kachowka mit Seeminen angreifen**

Ukrainische Truppen könnten das Wasserkraftwerk Kachowka mit Seeminen angreifen, erklärte Wladimir Leontjew, Leiter der Bezirksverwaltung von Kachowka, gegenüber RIA Nowosti.

Ihm zufolge sind geheimdienstliche Informationen über Kiews Pläne zum Einsatz von Seeminen, die flussabwärts des Dnepr in Richtung des Kraftwerks Kachowskaja zur Beschädigung des Damms eingesetzt werden können, bereits im Frühjahr eingegangen. Zuvor hatte Wladimir Saldo, der amtierende Gouverneur des Gebietes Cherson, erklärt, dass die ukrainischen Truppen weiterhin Raketen auf die Schleusen des Kraftwerks abfeuern, um die Gebiete flussabwärts des Dnepr zu überfluten. Die örtlichen Behörden würden jedoch Maßnahmen ergreifen, um einen starken Anstieg des Wassers zu verhindern.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/6350cda9b480cc3d5b6ad835.jpg>

Ein Angehöriger der Russischen Nationalgarde bewacht das Gebäude des Wasserkraftwerks Kachowskaja in Nowaja Kachowka

8:02 de.rt.com: **Kasachstan verlegt größten Teil seines Botschaftspersonals von Kiew nach Warschau**

Ein großer Teil des Personals der kasachischen Botschaft in der Ukraine wurde in die polnische Hauptstadt verlegt. Dies teilte der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister von Kasachstan Muchar Tleuberdi am Donnerstag Journalisten mit. Er erklärte auf eine Frage nach dem Personal der kasachischen Botschaft in der Ukraine: "Jetzt geht es darum, das Personal zu verlagern. Die meisten Diplomaten sind inzwischen nach Warschau verlegt worden, und die Botschaft nimmt ihre Tätigkeit von Warschau aus wahr."

8:16 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Lissitschansk mit HIMARS-Raketen**

Ukrainische Truppen haben in der Nacht zum Donnerstag zwei Raketen aus einem HIMARS-Mehrfachraketenwerfersystem auf Lissitschansk in der Lugansker Volksrepublik (LVR) abgefeuert. Das teilt die Vertretung der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen der Ukraine mit.

Die Angaben zu Opfern und Schäden werden derzeit geklärt.

8:36 de.rt.com: **China kritisiert Beschränkungen der USA für Lieferung von Halbleitern**

Die chinesische Regierung hat neue Beschränkungen der USA für die Lieferung von hochmodernen Halbleitern oder Ausrüstung zur Herstellung solcher Chips nach China scharf kritisiert. Ihr Vorgehen begründete die US-Regierung unter anderem mit "nationalen Sicherheitsinteressen".

Die USA haben neue Beschränkungen für die Lieferung von hochmodernen Halbleitern oder Ausrüstung zur Herstellung solcher Chips nach China beschlossen. China reagierte verärgert. "China lehnt es entschieden ab, dass die USA nationale Sicherheitskonzepte und Exportkontrollen missbrauchen, um chinesische Unternehmen zu blockieren", sagte Außenamtssprecherin Mao Ning in Peking. Willkürlich aus politischen Gründen Beschränkungen zu erlassen, untergrabe industrielle Lieferketten und schwäche die anfällige Weltwirtschaft nur weiter.

Große Halbleiter-Produzenten wie Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) oder Samsung aus Südkorea haben nach unbestätigten Presseberichten bereits einjährige

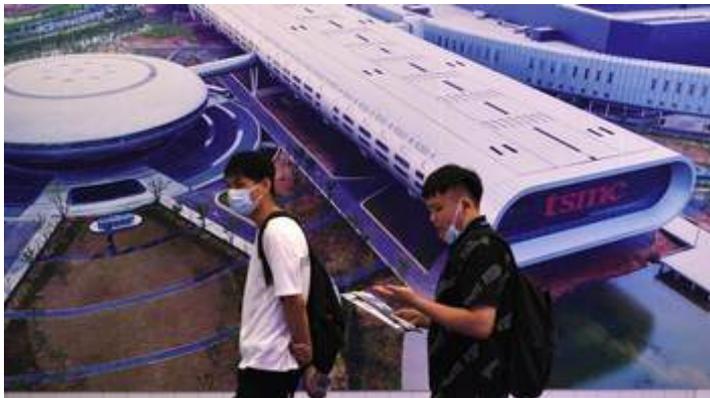
Ausnahmeregelungen von den neuen Vorschriften erhalten. TSMC-Chef C.C. Wei hatte am Donnerstag in Taipeh bei einer Investorenkonferenz berichtet, dass er die Auswirkungen auf das Geschäft des Chipherstellers in China für begrenzt hält. Es gehe eher um hochmoderne Chips, besonders für Künstliche Intelligenz oder Supercomputer-Anwendungen.

"Halbleiter-Lieferketten für China abwürgen"

Nach den vor einer Woche erlassenen Regelungen des Washingtoner Handelsministeriums müssen für die Lieferung von Chips, die mit Software oder Anlagen aus den USA gebaut wurden, Exportlizenzen beantragt werden. Beschränkt wird auch die Lieferung von Anlagen mit US-Technologie. Die weit gefassten Beschränkungen erstrecken sich auch auf US-Bürger, die die Entwicklung oder Herstellung von Chips unterstützen, die unter die Vorschriften fallen.

"Die wachsende Isolation ist eine schlechte Nachricht für chinesische Unternehmen in Bereichen wie Datenzentren, Künstliche Intelligenz und autonomes Fahren, die hochtechnologische, starke Chips erfordern", schrieb das renommierte chinesische Wirtschaftsmagazin Caixin. Es sei ein weiterer Versuch der Regierung von US-Präsident Joe Biden, die Halbleiter-Lieferketten für China "abzuwürgen". Seit die USA mit ähnlichen Beschränkungen schon im Jahr 2020 gegen den chinesischen Telekom-Riesen Huawei agiert hatte, hat das Land seine Bemühungen verstärkt, bei Halbleitern stärker auf eigenen Füßen zu stehen.

Ihr Vorgehen begründete die US-Regierung unter anderem mit nationalen Sicherheitsinteressen und der Gefahr, dass fortschrittliche Chips in Ausrüstung des chinesischen Militärs oder Überwachungssystemen zum Einsatz kommen könnten. Chinesische Kritiker sehen aber eine breitere Strategie der USA dahinter, mit dem Ziel, Chinas technologischen Fortschritt bremsen und die eigene Halbleiter-Industrie fördern zu wollen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/634fd0c548fbef7e4a185909.jpg>

TSMC-Stand auf dem World Semiconductor Congress 2022 in Nanjing, Provinz Jiangsu, China, 18. August 2022

8:38 de.rt.com: **Bürgermeister von Nikolajew meldet Abschaltung von Ampeln, um Energie zu sparen**

Auf den Straßen der ukrainischen Stadt Nikolajew wurden die Ampeln abgeschaltet, um Energie zu sparen, und die Zahl der Elektrofahrzeuge auf den Straßen wird um 60 Prozent reduziert. Dies verkündete der Bürgermeister der Stadt, Alexandr Senkewitsch. Außerdem bat er die Einwohner der Stadt, den Stromverbrauch so weit wie möglich zu reduzieren.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 20.10.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 2 Panzer;
- 1 Artilleriegeschütz;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 9 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner beschießt weiter Objekte der zivilen Infrastruktur in Ortschaften der LVR.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Popasnaja** unter Einsatz eines amerikanischen Mehrfachraketenwerfers M142 HIMARS beschossen und 2 Raketen abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Tscherwonyj Prapor** und **Lissitschansk** unter Einsatz eines amerikanischen Mehrfachraketenwerfers M142 HIMARS beschossen und 8 Raketen abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 19. Oktober haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Gawrilowka und Stepnoj Jar zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:09 de.rt.com: **Russland setzt im Ukraine-Konflikt nur eigene Drohnen ein**

Die Russische Föderation setzt im Ukraine-Konflikt ausschließlich Drohnen aus eigener Produktion ein. Das verkündete Dmitri Poljanski, der erste stellvertretende ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, am Mittwoch nach einer geschlossenen Sitzung des UN-Sicherheitsrates, in der der Vorwurf erhoben worden war, dass Iran Drohnen an Russland liefere. Der Diplomat betonte:

"Wir haben unsere eigene Drohnenindustrie, die Produkte für diese Kampagne herstellt, sodass alle Anschuldigungen auf dem Gewissen unserer westlichen Kollegen lasten."

Poljanski wies außerdem darauf hin, dass auf den Wrackteilen abgeschossener Drohnen russischsprachige Aufschriften zu sehen seien.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/6350ddf3b480cc33be76f116.jpg>

Dmitri Poljanski

9:25 de.rt.com: **Luftalarm in Teilen der Ukraine ausgerufen**

In Kiew und im Gebiet Kiew ist Luftalarm ausgerufen worden, verkündet die örtliche Militärverwaltung auf Telegram.

Medienberichten zufolge sei auch in den Gebieten Kirowograd, Poltawa, Tscherkassy und Odessa Luftangriffsalarm ausgerufen worden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **155 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist**. 15 Häuser und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurde beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Panzer (T-64BW), 2 Abwehrgeschütze „SU-23-2“, 7 Stück Panzertechnik und Fahrzeuge, 3 Drohnen des Gegners wurden in der Luft abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betragen 30 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:45 de.rt.com: **Experte: Endgültige Zerstörung des ukrainischen Energienetzes derzeit nicht auf Tagesordnung**

Laut einem Experten seien die russischen Angriffe auf das ukrainische Territorium nicht dazu gedacht, das Energiesystem des Landes unwiderruflich zu zerstören. Vielmehr handele es sich um eine "letzte Warnung".

Die Angriffe auf das ukrainische Energiesystem seien "präventiver" Natur, erklärte ein Experte für die Stromwirtschaft mit Erfahrung in einem der größten Energieunternehmen der Ukraine gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Ein Beweis dafür sei die Tatsache, dass Angriffe in der Regel auf Objekte abzielen, die schnell wiederhergestellt werden können. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti schreibt dazu:

"Der Experte stellte einige Besonderheiten bei der Auswahl der Anschlagziele fest. Seiner Meinung nach sind vor allem Wärmekraftwerke betroffen, wobei in der Regel Schaltanlagen und Transformatoren getroffen werden, so dass eine relativ schnelle Wiederherstellung der Anlagen möglich ist. 'Es ist wie eine letzte Warnung vor der vollständigen Zerstörung der Maschinenräume', sagte er."

Der Experte stellte auch fest, dass die 330-750-Kilovolt-Umspannwerke, die die Knotenpunkte bilden, sowie die Leitzentralen der territorialen Stromnetze keinen systematischen Angriffen ausgesetzt sind. Dadurch ist es möglich, "Leistung zu verlagern" und die Stromversorgung der Städte wiederherzustellen. Auch Atomkraftwerke und Wasserkraftwerke werden nicht angegriffen.

"Wir können also davon ausgehen, dass eine unwiderrufliche Zerstörung des ukrainischen

Stromnetzes derzeit nicht in Frage kommt", schloss der Experte.

Die russischen Streitkräfte haben am 10. Oktober, zwei Tage nach dem Terroranschlag auf die Krim-Brücke, hinter dem die russischen Behörden ukrainische Geheimdienste vermuten, Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur gestartet. Und seit mehr als einer Woche gehen die Angriffe auf die Energie- und Militärstruktur der Ukraine unvermindert weiter. Wie Wladimir Selenskij bereits bekanntgab, seien dadurch rund 30 Prozent der Kraftwerke im Land zerstört worden, was zu massiven Stromausfällen geführt habe. Einige Quellen behaupten sogar, "dass der Schaden am ukrainischen Energiesystem bereits bei 40 Prozent" liege.

Der Experte, mit dem die Agentur RIA Nowosti gesprochen hat, betrachtet diese Daten jedoch mit Skepsis:

"Die Angaben können die tatsächliche Situation widerspiegeln oder auch nicht – um Zeit zu gewinnen, die für die Reparatur und Wiederherstellung der Anlagen benötigt wird."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635001cc48fbef1b6009da39.jpg>

Verdichtungsanlage auf dem Erdgasfeld Krechowskoje im Bezirk Schidachjowsky, Gebiet Lwow

9:53 de.rt.com: **DVR: Verdächtiger wegen Vorbereitung eines Terroranschlags in Mariupol festgenommen**

Eine Person, die verdächtigt wird, auf Anweisung des ukrainischen Geheimdienstes SBU einen terroristischen Akt gegen die Stadtverwaltung von Mariupol vorbereitet zu haben, wurde in der Volksrepublik Donezk festgenommen. Dies teilte der Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit der Republik, Michail Popow, gegenüber Reportern mit.

10:17 de.rt.com: **Cherson-Behörden zuversichtlich: Drei weitere Gebiete in der Ukraine werden befreit**

Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung von Cherson, hat sich zuversichtlich gezeigt, dass die Gebiete Nikolajew, Odessa und Dnepropetrowsk ebenfalls befreit werden. Er erklärte gegenüber RIA Nowosti:

"Wir planen eine Gegenoffensive gegen Nikolajew, Odessa und Dnepropetrowsk, nachdem wir den Angriff auf Cherson zurückgeschlagen haben."

10:36 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezker Volksrepublik 40 Mal binnen 24 Stunden**

Die ukrainische Armee hat das Gebiet der Volksrepublik Donezk (DVR) in den vergangenen 24 Stunden 40 Mal beschossen und dabei 155 Geschosse verschiedener Kaliber abgefeuert. Das berichtet die Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen am

Donnerstag.

Acht bewohnte Gebiete der Republik standen unter Beschuss: Donezk, Gorlowka, Panteleimonowka, Krasny Partisan, Jassinowataja, Makejewka, Jelenowka, Nowotroizkoje.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/6350f0ca48fbef1c002b598c.jpg>

Fragmente von Granaten, die ukrainische Artilleristen auf Gorlowka abfeuerten

10:44 de.rt.com: **Bill Gates: Europäische Energiekrise ist "langfristig betrachtet etwas Gutes"**

Die EU ist mit einer Energiekrise konfrontiert. Nach Ansicht des Microsoft-Mitbegründers Bill Gates sei das langfristig "etwas Gutes". Der Gasmangel und unerschwingliche Angebote auf den Energiemärkten würden die Länder zum Umstieg auf erneuerbare Energien bewegen, so der Milliardär.

Europas Gasversorgungs- und Kostenkrise sei eigentlich "langfristig betrachtet etwas Gutes", sagte Microsoft-Mitbegründer Bill Gates am Dienstag gegenüber dem US-Sender CNBC. Er erläuterte, dass sie den Kontinent letztlich dazu zwingen werde, erneuerbare Energien zu nutzen, und fügte hinzu, dass "die Menschen nicht von russischem Erdgas abhängig sein wollen".

Gates räumte ein, dass die Öffentlichkeit "ein wenig optimistisch war, wie schnell der Übergang [zu erneuerbaren Energien] vollzogen werden könnte" und räumte ein, dass "nicht-russische Kohlenwasserstoffquellen" gefunden werden müssten.

Am selben Tag veröffentlichte der Gründer des auf Klimafragen spezialisierten Risikokapitalfonds "Breakthrough Energy Ventures" in seinem Blog einen Aufsatz mit dem Titel "Stand der Energiewende". In Bezug auf die globalen Treibhausgasemissionen merkte Gates an, dass das endgültige Ziel, "von 51 Milliarden Tonnen pro Jahr auf Null" zu kommen, "in den nächsten drei Jahrzehnten" erreicht werden sollte.

Der Milliardär betonte, dass es nicht richtig wäre, "das ganze Geld aus den [fossilen] Sektoren abzuziehen", denn "so kommen die Menschen heute zur Arbeit, so verhindern sie, dass sie im Winter erfrieren". Allerdings könne man nicht darauf vertrauen, dass sich die Märkte von allein auf erneuerbare Energien umstellen würden – man brauche einen "Plan", der den "Prozess beschleunigt".

Bei der Beschreibung seines Plans sagte er, dass neue Technologien zur Erzeugung sauberer Energie erfunden und auf eine "faire" Art und Weise verbreitet werden sollten, ohne die Entwicklungsländer im Stich zu lassen. Es wird notwendig sein, die Menschen bei der Anpassung an die neuen Umstände zu unterstützen, indem man Industrien wie die "Kulturpflanzenforschung" finanziert, in die Gates und sein Risikokapitalfonds investiert haben.

Die EU hat sich kürzlich darauf geeinigt, die Gasnachfrage in diesem Winter um 15 Prozent zu senken, "um sich auf eventuelle Unterbrechungen der Gaslieferungen aus Russland vorzubereiten".

Anfang diesen Monats hat die Bundesnetzagentur jedoch bekannt gegeben, dass in der Bundesrepublik im September 14,5 Prozent mehr Gas verbraucht wurde als im Fünfjahresdurchschnitt. Die Regulierungsbehörde warnte zugleich davor, dass eine Verknappung unvermeidlich sei, wenn die Verbraucher ihren Gaskonsum nicht einschränken. Eine nun am Donnerstag in Berlin veröffentlichte Energiestudie von 30 Forschern macht derweil deutlich, dass die Menschen in Deutschland ihren Verbrauch von Gas [künftig um 30 Prozent reduzieren](#) müssten. Vor allem bei privaten Gaskunden verzeichnet die Studie demnach bislang noch keine umfassende Einsparung des Gasverbrauchs.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635100e048fbef1c002b5997.jpg>

Bill Gates, Co-Vorsitzender der Bill & Melinda Gates-Stiftung, hält am 18. August 2022 eine Rede bei einer Zeremonie im Außenministerium in Tokio, bei der ihm ein Orden verliehen wurde.

11:02 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte verlieren täglich bis zu 200 Männer am Frontabschnitt Cherson**

Die ukrainische Armee verliert allein am Frontabschnitt Cherson jeden Tag ungefähr 200 Soldaten. Darauf wies der stellvertretende Gouverneur des Gebietes Cherson Kirill Stremoussow hin.

Er fügte hinzu, dass die Verteidigung der Stadt sehr professionell aufgebaut ist und das Gelände hilft, Durchbruchversuche der ukrainischen Truppen zu erkennen. Stremoussow hob hervor:

"Unser Vorteil ist die Steppe, in der alles wie auf dem Präsentierteller liegt. Unsere Verteidigung ist unüberwindbar und die Steppe ist unsere Festung."

Ihm zufolge bestehe keine Gefahr eines Durchbruchs des Gegners in die Stadt und die Aktivitäten zur Umsiedlung von Menschen in andere Gebiete stehen nur im Zusammenhang mit dem ukrainischen Beschuss der Stadt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63510cb148fbef1b6009dab0.jpg>

Ein ausgebrannter ukrainischer Truppentransporter

11:35 de.rt.com: **Pro Jahr weltweit mehr als 150 Angriffe auf diplomatische Vertretungen der Russischen Föderation**

Nahezu täglich gehen weltweit bei diplomatischen Vertretungen der Russischen Föderation Drohungen ein. Im vergangenen Jahr wurden russische Botschaften und Konsulate mehr als hundert Mal angegriffen, erklärte Russlands UN-Vertreterin Anna Antonowa.

Laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti kam es zwischen dem 15. Dezember des Jahres 2020 und Mai des Jahres 2022 zu mehr als 150 Verstößen gegen die Unverletzlichkeit der russischen diplomatischen Vertretungen. Dies erklärte die russische Vertreterin Anna Antonowa in einer Sitzung des Sechsten Ausschusses der UN-Generalversammlung. Sie betonte, dass einige Vorfälle dramatisch endeten.

Antonowa sagte, dass es in letzter Zeit häufiger zu Vandalismus gekommen sei. Gebäude von Auslandsvertretungen seien mit beleidigenden Schriften und Farbe besprüht worden. Sie betonte:

"Fast täglich erhalten Russlands diplomatische und konsularische Vertretungen und deren Mitarbeiter in verschiedenen Teilen der Welt Telefonanrufe und E-Mails mit Drohungen und Beleidigungen. Es kommt zu Terroranschlägen, Angriffen auf Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen, feindseligen Handlungen und Provokationen, bei denen die Gesundheit russischer Vertreter ernsthaft geschädigt wird, sowie zu Schäden an diplomatischen und konsularischen Einrichtungen und Transportmitteln."

Zuvor hatte das russische Außenministerium darauf aufmerksam gemacht, dass die Verantwortlichen für die Angriffe auf russische diplomatische Vertretungen meist nicht gefunden und bestraft werden.

So hatte Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, den Angriff auf die russische diplomatische Vertretung in Deutschland am 10. Oktober mit der Feststellung kommentiert, dass deutsche Polizeibeamte, die für die Sicherheit der russischen diplomatischen Einrichtungen zuständig sind, in keiner Weise gegen jene vorgehen, die den Sachschaden verursacht hatten.

"Keiner der Randalierer wurde festgenommen", betonte die Sprecherin des russischen Außenministeriums.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/6350ef7248fbef1c0e4fc286.jpg>

Gebäude des Außenministeriums Russlands im Zentrum von Moskau

11:35 de.rt.com: **Vier ukrainische Energieobjekte an einem Tag im Gebiet Nikolajew angegriffen**

In den vergangenen 24 Stunden seien vier ukrainische Stromversorgungsanlagen im Gebiet Nikolajew von russischen Streitkräften angegriffen worden, wodurch diese Anlagen teilweise oder vollständig zerstört worden sei. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) am Donnerstag unter Berufung auf Angaben der Militärverwaltung von Nikolajew. Nach Angaben der örtlichen Behörden seien im Gebiet Nikolajew seit dem 24. Februar 720 Energieobjekte beschädigt oder zerstört worden. Jetzt gebe es in 89 Ortschaften keinen Strom.

11:49 de.rt.com: **Saporoschje-Beamter: Kiew will AKW Saporoschje vor US-Wahlen erobern**

Die ukrainische Armee hat den Auftrag, Cherson und das Kernkraftwerk Saporoschje bis zum Ende des Herbstes um jeden Preis einzunehmen. Für die Kiewer Behörden sei es besonders wichtig, vor den Zwischenwahlen zum US-Kongress deutliche sichtbare Erfolge vorzuweisen, erklärte das Mitglied des Obersten Verwaltungsrates des Gebietes Saporoschje Wladimir Rogow gegenüber RIA Nowosti. Er fügte hinzu:

"Russland ist in der Lage, seine Territorien zu verteidigen und zu schützen. Selenskij ist ein Kriegsverbrecher, der die Einwohner in den ihm kontrollierten Gebieten aus Gründen der persönlichen Bereicherung und des Wunsches, seinen westlichen Herren zu gefallen, methodisch in den sicheren Tod treibt."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/6350e4af48fbef1c002b597e.jpg>
AKW Saporoschje

nachmittags:

12:05 de.rt.com: Russische Streitkräfte schlagen ukrainischen Durchbruchversuch am Frontschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog zurück

Russische Truppen haben einen Versuch der ukrainischen Streitkräfte zurückgeschlagen, die Verteidigung am Frontschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog zu durchbrechen. Das teilt das ukrainische Verteidigungsministerium in einem Sonderbericht über die militärische Sonderoperation mit.

Im Laufe eines Tages wurden in dieser Richtung mehr als zweihundert ukrainische Soldaten, 14 Panzer, 16 gepanzerte Kampffahrzeuge und sieben Pkw zerstört. Den russischen Einheiten gelang es, zwei Panzer, ein BMP und ein Minenräumgerät UR-77 zu erbeuten. Außerdem wurden 18 ukrainische Kämpfer gefangen genommen.

12:21 de.rt.com: US-Berater enthüllt Kiews Kriegsziele

Die Ukraine ist an Verhandlungen mit Russland nicht interessiert und wird für eine Wiederherstellung der Grenzen von 1991 kämpfen, erklärte Dan Rice, ein US-Berater des Oberbefehlshabers der Kiewer Streitkräfte.

In einem Interview mit CNN appellierte er an die westlichen Staaten, weiter Waffen an die Ukraine zu liefern. Rice hob hervor, dass Kiew zwar dringend Luftverteidigungssysteme und Flugzeuge benötige, aber kein Interesse an Diplomatie mit Moskau habe.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/6350ef6e48fbef19dc2d0834.jpg>

Ukrainische Truppen in der Volksrepublik Donezk

12:30 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören über Nacht zwei ukrainische Radar-Systeme**

Laut dem russischen Verteidigungsministerium hat die russische Luftwaffe in der Nacht zwei ukrainische Radarstationen in der Volksrepublik Donezk zerstört: Eine aus den USA stammende AN/TPQ-36-Batterieabwehrstation und eine ST-68UM-Zielerfassungsstation.

13:38 (12:38) novorosinform.org: **Pasetschnik dementierte Gerüchte über neue Beschränkungen in der LVR**

Der Politiker erläuterte die am Vortag in der Republik eingeführten Normen des Kriegsrechts. Das amtierende Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik wies in einem Interview mit RIA Novosti Gerüchte über neue Beschränkungen für die Bürger hinsichtlich der Einführung des Kriegsrechts durch Präsident Wladimir Putin zurück.

„Ich wiederhole, die Region Lugansk lebt seit 8 Jahren unter Kriegsrecht, und das heutige Dekret zielt darauf ab, es im Rahmen der russischen Gesetzgebung zu formalisieren. Es wird keine Neuerungen und Konsequenzen für die Zivilbevölkerung geben, wie von den feindlichen Medien dargestellt“, sagte Pasetschnik.

Der Beamte stellte fest, dass das vom Präsidenten veröffentlichte Dekret darauf abziele, frühere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, zum Schutz der Infrastruktureinrichtungen und zur Mobilisierung der Wirtschaft während der laufenden Sonderoperation umzusetzen.



https://www.novorosinform.org/content/images/62/86/56286_720x405.jpg

12:41 de.rt.com: **Ukrainische Einheiten greifen russische Stellungen im Gebiet Cherson an**

Soldaten der ukrainischen Armee greifen in kleinen Gruppen nach wie vor erfolglos russische Stellungen im Gebiet Cherson an. Dies berichtet Kirill Stremoussow, stellvertretender

Gouverneur des Gebietes. Er erklärt:

"Kleine Gruppen versuchen anzugreifen, aber das ist nicht die Gegenoffensive, die von Kiew angekündigt wurde."

Er betonte, dass weder ein Eindringen ukrainischer Einheiten noch ein Rückzug der russischen Streitkräfte zu beobachten sei. Stremoussow betonte:

"Wir sind bereit. Niemand wird Cherson aufgeben."

12:51 de.rt.com: **Scholz sichert Ukraine unbefristete Unterstützung vonseiten der "zivilisierten Staaten" zu**

In einer programmatischen Rede vor dem Bundestag verurteilte Bundeskanzler Scholz das russische Vorgehen gegenüber der Ukraine. Die NATO sei so stark wie nie zuvor. Zudem habe Deutschland seine Abhängigkeit von russischem Erdgas überwunden.

Nach den jüngsten Drohnen- und Raketenangriffen auf Ziele in der Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz Russland eine "Taktik der verbrannten Erde" vorgeworfen. Auch sie werde Russland aber nicht helfen, den Krieg zu gewinnen, sagte Scholz am Donnerstag in einer Regierungserklärung im Bundestag. "Sie stärkt nur die Entschlossenheit und den Durchhaltewillen der Ukraine und ihrer Partner." Die russischen Angriffe bezeichnete er als "Verzweiflungstat – genauso wie die Mobilisierung russischer Männer für den Krieg." Putin überziehe laut Scholz die Ukraine mit "Terror" und drohe unverhohlen und vollkommen verantwortungslos mit dem Einsatz von Nuklearwaffen. "Er will Angst säen, spalten und einschüchtern", sagte Scholz. "Er spekuliert auf unsere Schwäche. Aber er irrt sich. Wir sind nicht schwach." Deutschland stehe zusammen, Europa stehe zusammen, sagte Scholz.

Selbstsicher erklärte der Kanzler:

"Unsere weltweiten Allianzen sind stark und lebendig wie nie. Putin wird seine Kriegsziele nicht erreichen."

Die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas erklärte Scholz für beendet – trotz der horrenden Preisanstiege und der Warnungen von Experten, dass der Verbrauch von Erdgas in Deutschland angesichts der zur Verfügung stehenden Gaskapazitäten um etwa 30 Prozent zu hoch sei. Zudem versprach er erneut, dass die Wärmeversorgung über den Winter gesichert sei. Er bekräftigte auch, dass der Staat Privatverbraucher und Wirtschaft vor Überlastungen durch hohe Energiepreise schützen werde.

"Niemand, keine Familie, keine Rentnerin, kein Student und auch kein Unternehmen soll Angst haben, von den Preisen für Strom, Gas oder Fernwärme überfordert zu werden."

Mit Blick auf den am Donnerstagnachmittag beginnenden EU-Gipfel äußerte Scholz sich skeptisch zu einem von vielen EU-Ländern geforderten europäischen Preisdeckel für den Einkauf von Gas. Dieser berge das Risiko, "dass die Produzenten ihr Gas dann anderswo verkaufen – und wir Europäer am Ende nicht mehr Gas bekommen, sondern weniger", sagte Scholz.

Die EU müsse sich mit anderen Gaskonsumenten wie Japan und Korea eng abstimmen, "damit wir uns nicht gegenseitig Konkurrenz machen". Zugleich müsse auch mit den Produzenten über einen angemessenen Preis gesprochen werden. Hoffnungsvoll erklärte der Kanzler:

"Ich bin überzeugt: Länder wie die USA, Kanada oder Norwegen, die gemeinsam mit uns solidarisch an der Seite der Ukraine stehen, haben ein Interesse daran, dass Energie in Europa nicht unbezahlbar wird."

Scholz sagte der Ukraine erneut Unterstützung zu, und zwar so lange diese erforderlich sei. Deutschland werde bis zum Frühjahr eine ganze ukrainische Brigade mit bis zu 5000 Soldaten ausbilden. Er verwies dabei darauf, dass sich die EU-Außenminister am Montag auf eine neue Ausbildungsmission für etwa 15.000 ukrainische Soldaten geeinigt hatten. Eines der beiden Hauptquartiere dafür werde sich in Deutschland befinden.

Den Wiederaufbau der Ukraine nach einem Kriegsende bezeichnete Scholz als

"Generationenaufgabe", bei der die "gesamte zivilisierte Staatengemeinschaft" ihre Kräfte bündeln müsse. Er bekräftigte, dass es einen "Marshall-Plan" für die Ukraine nach dem Vorbild des Wiederaufbauprogramms der USA für Deutschland und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geben müsse.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/6351279b48fbef1b6f4c441f.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz bei einer Regierungserklärung im Bundestag am 20. Oktober 2022

14:01 (13:01) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Spanien erklärte seine Bereitschaft, 400 ukrainische Soldaten auszubilden**

Spanien könne etwa 400 Soldaten der ukrainischen Armee ausbilden, schreibt dazu. El Pais. Laut der Zeitung werde die Ausbildung Teil der Ausbildungsmission der Europäischen Union sein, in der die EU-Länder bis zum Winterbeginn etwa 15.000 Soldaten der Streitkräfte der Ukraine ausbilden wollen.

Die Zeitung behauptet, dass Brüssel fast 107 Millionen Euro für diese Zwecke ausgeben will. Es sei daran erinnert, dass die EU zuvor der Schaffung einer Mission zur Ausbildung der Sicherheitskräfte Kiews auf dem Territorium europäischer Länder zugestimmt hat. In ihrem Rahmen ist geplant, das ukrainische Militär im Umgang mit westlichen Waffen auszubilden, die der Ukraine in Form von Militärhilfe geliefert werden.



https://www.novorosinform.org/content/images/62/91/56291_720x405.jpg

13:08 [de.rt.com](https://www.de.rt.com): **Bundeskanzler Olaf Scholz: Bis zu 5.000 ukrainische Soldaten werden in Deutschland ausgebildet**

Deutschland will bis zum Frühjahr eine vollständige ukrainische Brigade mit bis zu 5.000 Soldaten ausbilden. Dies verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz am Donnerstag bei einer Regierungserklärung im Bundestag. Eines der beiden Hauptquartiere dafür werde sich in Deutschland befinden. Zudem plädierte Scholz für eine engere europäische und internationale Koordinierung bei der militärischen Unterstützung der Ukraine.

Man müsse schon heute überlegen, wie die Ukraine beim Wiederaufbau unterstützt werden

könnte. Scholz betonte außerdem:

"Die Ukraine, Deutschland und Europa aber werden gestärkt aus dieser Bewährungsprobe hervorgehen - geeinter und unabhängiger als zuvor."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/635105dd48fbef1b6f4c43f2.jpg>

13:19 de.rt.com: **Gericht in Sankt Petersburg qualifiziert die Blockade Leningrads im 2. Weltkrieg als Völkermord**

Deutschland und Finnland haben sich durch die Blockade der Millionenstadt Leningrad im Zweiten Weltkrieg des Völkermordes schuldig gemacht. Das hat ein örtliches Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft am Donnerstag entschieden.

Das Stadtgericht im russischen Sankt Petersburg hat am Donnerstag einem Antrag der regionalen Staatsanwaltschaft stattgegeben und die Handlungen Deutschlands und seines Verbündeten Finnland im 2. Weltkrieg bei der Umzingelung und der Blockade der Stadt als Völkermord qualifiziert.

Der entsprechende Antrag wurde von der Staatsanwaltschaft St. Petersburg eingereicht und am 3. Oktober in einer Verhandlung geprüft. Bei der Anhörung wurden Sachverständige und Zeugen befragt und zahlreiche Dokumente geprüft.

Die Blockade von Leningrad, die am 8. September des Jahres 1941 begann und erst am 27.01.1944 vollständig aufgehoben werden konnte, dauerte 872 Tage und war eines der eklatantesten Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg. Angaben zur Zahl der Todesopfer unter den eingeschlossenen Zivilisten schwanken zwischen 640 Tausend und 800 Tausend, einigen Schätzungen zufolge kann die Blockade auch mehr als einer Million Zivilisten das Leben gekostet haben. Die militärischen Verluste der Roten Armee bei allen Kämpfen rund um Leningrad belaufen sich ebenfalls auf mehr als eine Million Gefallener.

Fundstücke in deutschen Archiven belegen, dass die Aushungerung Leningrads durch Hitler und seine Generäle ausdrücklich geplant war. Hitler hat wiederholt davon gesprochen, dass die Stadt mitsamt der Bevölkerung vom Erdboden ausradiert werden müsse und verbat jede Rücksichtnahme auf die Zivilisten. Leningrad wurde mit Lebensmittelsperren überzogen, die wichtigsten Lagerhäuser mit Lebensmittelvorräten in den ersten Tagen der Blockade gezielt durch Angriffe mit Brandbomben zerstört. Insgesamt sind mehr als 150.000 Granaten abgefeuert und 107.000 Bomben auf die belagerte Stadt abgeworfen worden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63513b3548fbef63f9151dd9.jpg>

Straßenszene nach einem Bombardement am 1. Mai 1942 in Leningrad

Später haben deutsche Artilleristen wiederholt zugegeben, dass die Bombardierungen mit dem Ziel der Zerstörung Leningrads und der Vernichtung seiner Einwohner angeordnet und absichtlich zu Zeiten durchgeführt wurden, um möglichst viele Opfer unter der Stadtbevölkerung zu verursachen.

Angaben der Staatsanwaltschaft zufolge haben sich an der Belagerung Leningrads neben den deutschen Besatzungstruppen und der finnischen Armee, die die Stadt vom Nordwesten her blockierte, auch bewaffnete Einheiten aus Belgien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und Spanien sowie einzelne Freiwillige aus Österreich, Lettland, Polen, Frankreich und Tschechien beteiligt.

Sankt Petersburg hieß von 1924 bis 1991 Leningrad.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/63513873b480cc6e4730cdec.jpg>

Der erste Blockadewinter war der schwierigste und tödlichste: Leningrad im April 1942

13:35 de.rt.com: **Verstecktes Lager mit ausländischen Waffen in der Volksrepublik Lugansk entdeckt**

Die Sicherheitskräfte der Volksrepublik Lugansk haben bei verlassenen Stellungen der ukrainischen Truppen ein Waffenlager mit ausländischen Waffen für Sabotage- und Aufklärungsgruppen entdeckt. Das berichtet [RIA Nowosti](#). Eine Quelle erklärte der Nachrichtenagentur:

"Die ukrainischen Streitkräfte haben an ihren früheren Standorten Verstecke eingerichtet, um die Aktivitäten der Sabotage- und Aufklärungsgruppen zu unterstützen. Die Liste der in den Verstecken enthaltenen Waffen umfasst auch Waffen ausländischer Herkunft, häufig aus Polen. So wurden beispielsweise polnische Panzerabwehrgranatwerfer im Bezirk Popasnaja

gefunden."

13:48 de.rt.com: **Moskau dementiert Einsatz iranischer Drohnen – Iran bereit zum Gespräch mit Kiew über die Behauptung**

Russland hat vor der UNO den Einsatz von Drohnen iranischer Bauart in der Ukraine bestritten. Außerdem hat der iranische UNO-Diplomat die Ukraine aufgefordert, Beweise für den angeblichen Einsatz von Drohnen aus Iran im Ukraine-Krieg vorzulegen. Die EU verhängt weitere Strafmaßnahmen gegen Iran, wonach Iran seine Liste gesuchter Terroristen ergänzt.

Russland hat in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates den Einsatz von Drohnen iranischer Bauart in der Ukraine bestritten. Der russische Diplomat Dmitri Poljanski sagte am Mittwoch in New York, Russland setze in der Ukraine nur in Russland hergestellte Drohnen ein. Ein Tag vorher hatte der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow in Moskau erklärt, er verfüge über keine Informationen zu einem angeblichen russischen Einsatz iranischer Drohnen in der Ukraine.

"Ich würde Ihnen empfehlen, die technologischen Fähigkeiten der russischen Drohnenproduktion nicht zu unterschätzen", sagte bei der UNO der russische Diplomat Poljanski. Berichte über den angeblichen Einsatz iranischer Drohnen seien "unbegründete Anschuldigungen und Verschwörungstheorien".

Auch der iranische UN-Gesandte, Amir Sajid Irawani, wies die unbegründeten Behauptungen zu Drohnenlieferungen Irans an Russland zurück. Teheran habe sich bei den Abstimmungen zum Ukraine-Krieg bisher enthalten und strebe nach einer "friedlichen Lösung", versicherte er.

Der russische Spitzendiplomat Poljanski warnte in der UNO davor, bei der Überprüfung bestehender Sanktionen auch noch in der Ukraine gegen Iran ermitteln zu wollen. Dafür gebe es "kein Mandat". "Das wäre also absolut unprofessionell und politisch" motiviert, fügte er hinzu. Die USA und Frankreich hatten zuvor behauptet, dass Iran mit Lieferungen von Drohnen an Russland gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats verstoße.

Inzwischen hat sich der iranische Top-Diplomat zum Wort gemeldet und Waffenlieferung an Russland für Ukrainekrieg bestritten. "Wir haben ukrainische Beamte aufgefordert, Beweise für den Einsatz iranischer Drohnen im Ukraine-Krieg vorzulegen", sagte Außenminister Hossein Amir-Abdollahian am Mittwoch in einem Telefongespräch mit seinem kroatischen Amtskollegen Gordan Grlić Radman.

Irans oberster Führer Ajatollah Ali Chamenei erklärte am Mittwoch, als vor einigen Jahren Fotos von iranischen Drohnen veröffentlicht wurden, habe der Westen behauptet, sie seien retuschiert worden, um damit ihre Qualität zu diskreditieren. Laut westlichen Politiker erweise sich dieselbe Militärausrüstung nun jedoch als "gefährlich".

Während die Führung in Teheran jeglichen Export der besagten Drohnen nach Russland bestreitet, meint die EU-Kommission nach eigenen Angaben nun genügend "Beweise" dafür zu haben, dass die in der Ukraine eingesetzte Drohnen aus Iran kämen. Dementsprechend bereitet die EU-Kommission nun Sanktionen gegen die Islamische Republik vor, die Personen und Organisationen treffen sollen, die für den Bau und die Lieferung iranischer Drohnen an Russland verantwortlich sind. Iran setzte im Gegenzug seinerseits mehr als ein Dutzend britische Einrichtungen und Einzelpersonen auf eine Liste von Iran gesuchter Terroristen. Die Genannten seien für "Gewalt und Terrorakte" verantwortlich. Betroffen sind den Angaben des iranischen Außenministeriums zufolge unter anderem der britische Geheimdienst GCHQ, in London ansässige persischsprachige Medienhäuser wie BBC Persian, der von Saudi-Arabien geförderte Sender Iran International mit Sitz in London sowie Politiker und Offiziere des Vereinigten Königreichs.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635118d448fbef1dfe2a2f7e.jpg>

Sicherheitskräfte feuern mit Maschinenpistolen auf Drohnen in der Luft über Kiew am 17. Oktober

13:52 de.rt.com: **Kiew schockiert über Androhung einer härteren Gangart bei Finanzhilfen durch US-Republikaner**

Ein ukrainischer Beamter habe sich "schockiert" über den Vorschlag der Republikaner geäußert, dass im Falle eines Wahlsiegs der Republikanischen Partei im Repräsentantenhaus bei den Zwischenwahlen im November die Hilfe für Kiew künftig eingeschränkt werden könnte. Der Wahlsieg der Republikanischen Partei werde von aktuellen Umfragen vorhergesagt. Dies berichtet die Financial Times am Donnerstag. Kevon McCarthy, der republikanische Minderheitsführer im US-Repräsentantenhaus, sagte gegenüber Punchbowl News:

"Ich denke, die Menschen könnten bald in einer Rezession sitzen und keinen Blankoscheck an die Ukraine mehr ausstellen".

Dawid Arachamija, Vorsitzender der Partei des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in der Werchowna Rada, sagte der Financial Times:

"Wir waren ehrlich gesagt schockiert, als wir diese Kommentare von Herrn McCarthy hörten."

Kiew fordert von Washington wiederholt eine Weiterführung der finanziellen Unterstützung.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63511b8cb480cc153c5a83eb.jpg>

Kevin McCarthy

14:07 de.rt.com: **Russische Luftabwehr schießt einen Hubschrauber Mil Mi-8 und 18 Drohnen ab**

Die russische Luftabwehr hat nahe der Ortschaft Terny in der Volksrepublik Donezk einen

ukrainischen Hubschrauber vom Typ Mi-8 abgeschossen, teilt das russische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit. Außerdem seien 18 ukrainische Drohnen über den Gebieten Cherson und Saporoschje vernichtet sowie drei Olcha-Geschosse abgefangen worden.

15:09 (14:09) novorosinform.org: **Der KGB von Belarus gab Versuche Kiews bekannt, die Grenzen des Landes zu verletzen**

Die ukrainische Seite versuche jeden Tag, den Luftraum von Belarus zu verletzen. Dies erklärte der Vorsitzende des KGB der Republik Belarus, Generalleutnant Iwan Tertel. „Leider entwickelt sich die Situation in unserer südlichen Richtung sehr ernst. Fast täglich sehen wir eine Zunahme der Geheimdienstaktivitäten aus dem ukrainischem Territorium“, sagte er.

Laut Tertel verzeichnen die belarussischen Truppen die Aktivierung verdeckter Geheimdienste aus Kiew, was die Situation in der Region verschärfe. Zuvor hatte das belarussische Verteidigungsministerium erklärt, dass die Fortsetzung der Waffenlieferungen der NATO an die Ukraine die Situation dieses Landes verschlimmern und dazu führen könnte, dass der Konflikt zu einem umfassenden Weltkrieg eskaliert.

15:12 (14:12) deu.belta.by: **KGB unterbindet Aktivitäten des ukrainischen Militärgeheimdienstes in Belarus**

In Belarus wurden die Aktivitäten der HVA-Residentur des ukrainischen Militärgeheimdienstes unterbunden. Das sagte Leiter des Komitees für Staatssicherheit Iwan Tertel heute in Grodno.

„Wir stellen fest, dass der ukrainische Auslandsgeheimdienst seine HVA-Aktivitäten intensiviert hat. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir der Arbeit des ukrainischen Militärgeheimdienstes auf unserem Territorium ein Ende gesetzt. Wir haben einen HVA-Residenten und zwei belarussische Komplizen festgenommen, die im Interesse eines ausländischen Staates arbeiteten. Darüber hinaus haben wir einen Ex-Oberstleutnant festgenommen. Ich werde seinen Namen nicht nennen. Aber ich sage nur, er war für den ukrainischen Sicherheitsdienst SBU tätig. Es gibt sehr viele ukrainische Staatsbürger, die nach Belarus entsandt wurden und die wir ebenfalls in verschiedenen Regionen des Landes festgenommen haben“, sagte Iwan Tertel.

Der KGB-Vorsitzende fügte hinzu: „Ein ukrainischer Staatsbürger kam über Polen nach Belarus und hielt sich im Grenzgebiet auf. Dort baute er ein Agentennetz auf, rekrutierte unsere Bürger, die geheime Informationen über die Aktivitäten unserer Streitkräfte und Sicherheitskräfte sammelten. Sie sammelten auch solche Informationen, die als Staatsgeheimnis gelten. Alle Personen wurden festgenommen und zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen. Die Ermittlungen sind im Gange.“

„Wir versuchen, jeden Fall einzeln zu betrachten. Es gibt Fälle, wo wir auf die Umstände näher schauen und beschließen, die Festgenommenen als Geste des guten Willens in den Nachbarstaat zurückzusenden. Gleichzeitig gibt es solche Fälle, die ich eben jetzt erwähnt habe: Spionage und Hochverrat. In solchen Fällen wird sehr detailliert ermittelt. Unsere Grenzschutzbeamten an der Staatsgrenze fühlen sich ständig provoziert. Täglich wird unseren Grenzern mit dem Einsatz von Waffen gedroht, es handelt sich um Beleidigungen und andere Handlungen, die dem hohen Niveau der Militärs in keinem Land entsprechen“, resümierte Iwan Tertel.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1666267976_62443_big.jpg

14:38 de.rt.com: Sacharowa: **EU-Militärhilfe-Mission in Kiew macht EU zur Konfliktpartei in der Ukraine**

Die Entscheidung der EU, eine militärische Unterstützungsmission für das Kiewer Regime einzurichten, erhöht die Beteiligung der EU und macht sie zu einer Partei im Konflikt in der Ukraine. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag bei einem Briefing. Sie betonte:

"Am 17. Oktober haben die EU-Außenminister die Einrichtung einer EU-Militärhilfe-Mission für die Ukraine beschlossen. Diese wird in einem Monat in Betrieb genommen und soll innerhalb von zwei Jahren mehr als 15.000 Soldaten verschiedener Ränge ausbilden. Dieser Schritt geht mit der Lieferung von tödlichen Waffen an das Kiewer Regime einher und erhöht die Beteiligung der Europäischen Union, die dadurch natürlich zu einer Konfliktpartei wird."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63512bb348fbef1b6f4c4429.jpg>

14:50 de.rt.com: **Weitere 40 Milliarden Steuergelder: Uniper-"Rettung" wird immer teurer**

Ein Fass ohne Boden? Das erst vor wenigen Wochen von der Bundesregierung verabschiedete zweite Rettungspaket für den Gasriesen Uniper ist anscheinend zu wenig, um die Geschäfte des deutsch-finnischen Konzerns mit Sitz in Düsseldorf aufrechtzuerhalten. Das berichtete das Handelsblatt am Donnerstag und berief sich auf "Finanz- und Regierungskreise".

In Berlin will man demnach, je nach Gaspreisentwicklung, einen kleineren oder mittleren zweistelligen Milliardenbetrag zusätzlich für das Unternehmen bereitstellen. Ein Insider

betonte:

"In Summe könnte das auf Mehrkosten von zehn bis 40 Milliarden Euro hinauslaufen."
Erst im September wurde ein 26,5 Milliarden Euro schweres Rettungspaket für Deutschlands größten Gashändler verabschiedet.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/635145b348fbef1b36365658.jpg>

15:09 de.rt.com: **Seit Beginn der Sonderoperation 324 ukrainische Kampfflugzeuge und 162 Hubschrauber vernichtet**

Russlands Verteidigungsministerium hat am Donnerstag die Verluste der ukrainischen Armee seit Beginn der Sonderoperation zusammenfasst. Insgesamt sollen die russischen Soldaten seit dem 24. Februar 324 ukrainische Kampfflugzeuge, 162 Kampfhubschrauber, 2.296 Drohen, 383 Flugabwehrraketensysteme, 5.926 Panzer und gepanzerte Kampffahrzeuge, 874 Kampffahrzeuge mit Mehrfachraketenwerfern, 3.511 Feldgeschütze und Mörser sowie 6.665 Spezialfahrzeuge vernichtet haben.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63513275b480cc6cd3689ea3.jpg>
Chassis eines abgeschossenen ukrainischen Su-25-Kampfflugzeugs im Gebiet Cherson

15:30 de.rt.com: **Kolumbiens Präsident Petro: "Die USA ruinieren praktisch alle Wirtschaften der Welt"**

Kolumbien erhebt gegen die USA schwere Vorwürfe. Präsident Gustavo Petro, der erst seit Anfang August im Amt ist, sieht beinahe alle Wirtschaften der Welt durch den US-Protektionismus gefährdet. Die US-Botschaft reagiert auf die Kritik vorerst beschwichtigend. Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro hat am Mittwoch den USA zur Last gelegt, mit

ihren wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen anderen Ländern der Welt zu schaden. Bei einer öffentlichen Rede in der Ortschaft Urabá in der Provinz Antioquia sagte der linke Politiker, es nähere sich zweifellos eine Wirtschaftskrise.

"Die USA ruinieren praktisch alle Wirtschaften der Welt. Die deutsche Wirtschaft ist zerstört worden."

Ferner [erklärte](#) der seit Anfang August amtierende Staatschef, die Russen, die Ukrainer und die Europäer hätten auf ihrem Kontinent einen Krieg entfesselt, der vor allem ein Krieg um Gas und Energie sei. Als Folge dieses Krieges breche die europäische Wirtschaft zusammen. Petro wies in diesem Zusammenhang auf eine Rezession in Deutschland und eine tiefe politische Krise in Großbritannien hin.

Vor diesem Hintergrund beschuldigte der kolumbianische Präsident Washington, eigenständig Schutzmaßnahmen zu treffen, ohne an deren Folgen für andere Länder zu denken.

"Ihre Maßnahmen höhlen die Wirtschaft der lateinamerikanischen Nationen aus. Lateinamerika wird ausgeplündert. Alle unsere Währungen fallen. Nicht nur der kolumbianische Peso."

Außerdem kritisierte Petro die Antimigrationspolitik des nordamerikanischen Landes: Wenn die Regierung in Washington den Exodus in die USA stoppen wolle, dann müsse sie vor allem Lateinamerika zum Wohlstand zu verhelfen. Stattdessen habe Washington auf Zäune, Gefängnisse und Maschinengewehre gesetzt, um die Migrantenfut zu stoppen. Der sogenannte amerikanische Traum sei gescheitert. Der wahre Traum, dem auswandernde Lateinamerikaner jetzt folgen sollten, sollte darin bestehen, den Wohlstand in ihren eigenen Ländern aufzubauen.

In diesem Zusammenhang rief der kolumbianische Präsident alle Regierungen der Region – ob rechts, Mitte oder links – dazu auf, eine gemeinsame Agenda zu erarbeiten, "um Lateinamerika vor der sich nähernden Weltkrise zu verteidigen".

Angesichts der schweren Vorwürfe meldete sich Francisco Palmieri, der Geschäftsträger der US-Botschaft in Bogotá, zu Wort. Bei einem Briefing am Mittwoch [erklärte](#) der Diplomat, dass sein Land wie auch viele andere Länder der Welt mit mehreren wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert sei.

"Ich glaube nicht, dass wir darüber nachdenken sollen, an wessen Adresse die Schuld zu geben ist. Wir müssen uns darauf konzentrieren, wie wir durch eine gemeinsame Arbeit die Entwicklung verbessern und fördern können, die für das wirtschaftliche Wachstum notwendig ist."

Inzwischen verschärft sich die humanitäre Krise im Nordwesten Kolumbiens, da die Migration durch den Darién-Dschungel an der Grenze zu Panama zuletzt stark zugenommen hat. Nach Angaben der kolumbianischen Behörden stecken allein in der Ortschaft Necoclí schätzungsweise 9.000 Migranten fest. Nach Angaben der panamaischen Migrationsbehörde sollen mehr als 150.000 Menschen vor allem aus Venezuela in den vergangenen neun Monaten den gefährlichen Dschungel durchquert haben. Gegenüber dem Jahr 2021 mit 134.000 Migranten ist das eine Rekordzahl. Die Migranten verlassen ihre Heimat vor allem wegen Armut, politischer Instabilität, Naturkatastrophen oder Kriminalität und hoffen auf ein besseres Leben in den USA.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/63510d34b480cc33be76f140.jpg>

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro

15:34 de.rt.com: **Krim-Chef Aksjonow: Schutz des Gebietes Cherson wird Sicherheit der Krim gewährleisten**

Der Schutz des Gebietes Cherson wird die Sicherheit der russischen Halbinsel Krim gewährleisten. Darauf wies das Oberhaupt der Republik Krim Sergei Aksjonow hin. Er hob hervor:

"Unser gemeinsamer Standpunkt ist, dass die Verteidigung des Gebietes Cherson die Sicherheit der Republik Krim gewährleisten wird. Zu diesem Zweck werden wir weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, einschließlich der Bereitstellung maximaler Unterstützung für die Truppen und Strafverfolgungsbehörden an der Front."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63512f8db480cc33be76f182.jpg>

Sergei Aksjonow

15:55 de.rt.com: **Sacharowa: USA haben kein Recht, Russland darüber zu belehren, wie man in gutem Glauben zu verhandeln hat**

Washington, das das Kiewer Regime mit Waffen versorgt, habe kein Recht, Moskau darüber zu belehren, wie man in gutem Glauben verhandelt. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bei einer Pressekonferenz am Donnerstag. Damit kommentierte sie die Aussage von Karen Donfried, der stellvertretenden US-

Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten, dass Russland keine Bereitschaft zeige, in gutem Glauben über die Fragen der Ukraine-Krise zu verhandeln. "Washington pumpt weiterhin Waffen in die Ukraine, gibt zig Milliarden US-Dollar dafür aus, verlängert den Konflikt und macht ihn so blutig wie möglich, sicherlich nicht aus dem Wunsch heraus, die Diplomatie als eine Art Orientierungspunkt zu nutzen." "Es ist also nicht ihre Aufgabe oder die Washingtons, uns zu lehren, wie man verhandelt, und den guten Willen von irgendjemandem im Verhandlungsprozess in Frage zu stellen. Daher sollten nicht Russland, sondern die USA und das Kiewer Regime ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu Verhandlungen in gutem Glauben und zur anschließenden Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen unter Beweis stellen." Sacharowa stellte fest, dass weder Washington noch Kiew momentan Bereitschaft zur Lösung des Konfliktes zeigen.

16:26 de.rt.com: **LNG-Tanker stauen sich vor Europas Küsten**

Aktuell strömt so viel Flüssiggas nach Europa, dass die Entlade-Terminals Schwierigkeiten mit der Aufnahme haben. Vor den Küsten bilden sich Staus von LNG-Tankern. Die Probleme sind der Abkehr von russischen Gas-Lieferungen geschuldet.

Vor der Küste Spaniens, aber auch vor Großbritannien stauen sich die LNG-Tanker. Mit dem Beschluss der EU künftig auf russisches Pipeline-Gas zu verzichten, begann die EU den globalen LNG-Markt leer zu kaufen. Sehr zum Ärger der Länder, die bisher Stammabnehmer für Flüssiggas waren. Der neue Marktteilnehmer trieb die Preise in die Höhe, was zu Versorgungskrisen in den Ländern des Südens führte.

Jetzt gibt es erneut Umstellungsprobleme, denn es gibt für die eingekauften Mengen an Flüssiggas nicht ausreichend Entladekapazitäten. Aus diesem Grund stauen sich vor den Küsten Europas nun die LNG-Tanker. Mindestens sieben Tanker liegen vor der spanischen Küste vor Anker.

Der spanische Netzbetreiber Enagas teilte beispielsweise mit, durch die bereits bestehenden hohen Füllstände gäbe es nur wenig Spielraum für die Abnahme von weiterem Gas. Dies spiegele die Situation allerdings nicht nur für Spanien, sondern für den gesamten europäischen Raum.

Gleichzeitig gibt es Überlegungen, den Pipeline-Ausbau zu verstärken, um dem innereuropäischen Verteilungsproblem zu begegnen. Gedacht ist eine dritte Pipelinetrasse zwischen Spanien und Frankreich. Frankreich widersetzt sich dem Projekt. Allerdings liegt der Ausbau auch im Interesse Deutschlands.

Die Staus werden sich absehbar mit der Erhöhung des Verbrauchs in der EU auflösen. Zudem arbeitet Deutschland mit Hochdruck an der Fertigstellung von mindestens zwei eigenen LNG-Terminals. Dennoch verdeutlicht die aktuelle Situation die Problematik in Bezug auf den unbeständigen Gasmarkt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/6350fc07b480cc10084194f5.jpg>

LNG-Terminal in Rotterdam, Niederlande

16:27 de.rt.com: **Gebiet Saporoschje: Melitopol erhält 160 Tonnen Medikamente**

In Melitopol ist der größte humanitäre Konvoi der letzten Zeit mit 160 Tonnen Medikamenten eingetroffen, darunter 15.000 Stück des Nasenimpfstoffs Sputnik V gegen COVID-19. Das teilte der Gesundheitsminister des Gebietes Saporoschje, Wiktor Kutschkowoi, mit. Ihm zufolge wurden im Gebiet Saporoschje 58 Impfstellen gegen COVID-19 eingerichtet. Er fügte hinzu, dass in naher Zukunft weitere 75.000 Dosen Impfstoff geliefert würden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63513a40b480cc6db668bf93.jpg>

Ein Soldat der russischen Streitkräfte vor einem Fahrzeug mit humanitärer Hilfe

16:56 de.rt.com: **15.000 Einwohner des Gebiets Cherson schon in Sicherheit gebracht**

Der stellvertretende Gouverneur des Gebiets, Kirill Stremousow, [teilte](#) am Donnerstag auf seinem Telegram-Kanal mit, dass bereits 15.000 Zivilisten vom rechten auf das linke Ufer des Dnepr verlegt worden seien. Die Verlagerung sei unter Kontrolle.

16:58 de.rt.com: **Schweizer Sicherheitsexperte: "Nuklearwaffen sind eher Teil unserer Angstpsychose"**

Immer wieder kocht im Westen das Thema eines möglichen Atomwaffeneinsatzes Russlands in der Ukraine hoch. Ein Schweizer Sicherheitsexperte hält diese Spekulationen für unbegründet. Auch will er eine entscheidende Schwäche der Ukraine ausgemacht haben. Die Erfolge der Ukraine bei ihrer Offensive führen im Westen immer wieder zu der Spekulation, dass Moskau mit einem, wie auch immer gearteten, Atomwaffeneinsatz reagieren könnte – auch wenn dies von Russland zurückgewiesen wird. In einem Interview mit dem Schweizer Nachrichtenportal Nau erklärte der Schweizer Sicherheitsexperte Albert Stahel, dass er die Befürchtungen über einen Atomwaffeneinsatz Russlands nicht teile. Stahel sagte gegenüber Nau:

"Die Nuklearwaffen sind im Augenblick eher Teil unserer Angstpsychose."

Der langjährige Dozent für Strategische Studien an der Universität Zürich sieht zudem eine "belebte russische Kriegshoffnung" durch den Einsatz von Kamikaze-Drohnen, die aus Iran stammen sollen. Wobei beide Staaten dies nicht bestätigen wollen. Stahel will in diesem Zusammenhang eine entscheidende Schwäche der Ukraine ausgemacht haben:

"Das Hauptproblem für die Ukraine ist die mangelhafte Flugabwehr."

Der Einsatz der Drohnen durch Russland habe "gravierende Lücken in der Fliegerabwehr der Ukraine aufgedeckt". Diese müssten "schnellstmöglich geschlossen werden", so Stahel weiter. Ohne eine entsprechende Flugabwehr sieht der Schweizer eine mögliche Niederlage der

Ukraine. Doch selbst wenn Kiew weitere Flugabwehrsysteme aus dem Westen bekäme, sieht Stahel mehrere Probleme. Ein umfassender Schutz gegen Angriffe aus der Luft sei nicht einfach so aufgebaut.

Es brauche verschiedene Arten von Luftabwehrwaffen, die zentral gesteuert werden müssten, um effektiv zu sein. Erst wenn sich verschiedene Systeme mit ihren unterschiedlichen Reichweiten überlappten, funktioniere der Schutzschild.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635109ecb480cc10e573a697.jpg>

Dieser Screenshot von einem Video, das vom russischen Verteidigungsministerium am 4. Oktober 2021 veröffentlichte wurde, zeigt den Start eines neuen Hyperschall-Marschflugkörpers Zirkon vom Atom-U-Boot Sewerodwinsk in der Barentssee.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 20.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 40 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen, ein weiteres Kommunikationsobjekt wurde für die folgende Montage und Inbetriebnahme vorbereitet.

Mehr als 4600 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 17 Hektar Gelände untersucht und 197 explosive Objekte entdeckt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke setzen die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Wolnowacha, Mariupol, Swetlodarsk, Kamensk, Rownopol, Luganskoje und Mirnowskij fort.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:00 de.rt.com: **Wegen Unterstützung der antirussischen UNO-Resolution: Madagaskars Außenminister entlassen**

Bei einer vom Westen initiierten Abstimmung haben 143 der 193 UNO-Mitgliedsstaaten die Beitritte der neuen Gebiete zu Russland als angebliche Annexionen verurteilt. Unter Ersteren befand sich auch die Republik Madagaskar. Nun wurde ihr Außenminister dafür entlassen. Richard Randriamandrato, der Außenminister von Madagaskar, ist am Mittwoch seines Postens enthoben worden. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf zwei Mitarbeiter der Präsidentialadministration des afrikanischen Inselstaates. Der Grund für die Entlassung: während der UNO-Vollversammlung am 12. Oktober votierte Randriamandrato für eine antirussische Resolution.

Madagaskars Präsident Andriy Rajoelina warf nach Angaben von Radio France internationale dem inzwischen ehemaligen Minister vor, die Entscheidung über die Stimmabgabe gegen Russland beziehungsweise für die Unterstützung der Ukraine eigenmächtig getroffen zu haben. Zuvor hatte Madagaskar im Ukraine-Konflikt eine neutrale Position eingenommen und sich bei Abstimmungen über diesbezügliche UNO-Resolutionen enthalten.

Die Resolution der UNO, welche den Beitritt der Donbass-Republiken und der Gebiete Cherson und Saporoschje zu Russland als angebliche Annexionen verurteilt, war am 12. November gefällt worden. Sie wurde von 143 der 193 Mitgliedsstaaten unterstützt. Russland, die Demokratische Volksrepublik Korea, Nicaragua, Syrien und Weißrussland votierten dagegen. China und Indien befanden sich unter den insgesamt 35 Staaten, die sich enthalten haben. Ebenfalls enthalten haben sich zahlreiche afrikanische Staaten, darunter etwa Äthiopien, die Republik Kongo, Mali, Namibia, Südafrika und die Zentralafrikanische Republik. Der Beschluss der Versammlung ist völkerrechtlich nicht bindend.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/6350613bb480cc2176498716.jpg>
Madagaskars ehemaliger Außenminister Richard Randriamandrato, hier bei einer Trauerbekundung für die verstorbene britische Königin Elisabeth II. am 18. September

17:26 de.rt.com: **Russisches Gebiet Belgorod unter massivem Beschuss**

Heute soll das Dorf Murom im russischen Gebiet massiv beschossen worden sein. Nach vorläufigen Angaben gebe es keine Toten und Verletzte. Ein Kulturhaus, ein Kindergarten, eine Schule, eine Arztpraxis, ein Geschäft und ein Wohnhaus seien beim Beschuss beschädigt worden. Die Behörden planen, die Bewohner an sichere Orte zu verlegen. Auf den [Fotos](#), die der Gouverneur veröffentlichte, sind die Schäden zu sehen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Z-o8gym3KU1eqlv55wGAGBQz0LiaeyTPgpIpYxUmeiaOw9ejs6m8JcKv8AD2weBnllu92wwGzKyMbY8CWep81NI9OscJLwhs63XAjtxFCf1cYju25ILGaCQ31hfQ7ZXOY4Y-xHpArLp4N_Rnk1tKToVa1ZylU3kSpLgHbpygUhNLnMCZEZGPldS1rspr4wsi1_SinBHtIl_n6QvZSX32Fszc2c8p-cF42mrWwILPvEwXmD4DmxRQlhe78Iuwo2w4xvx3DOkQwE3zWGaTXhwwdjPIFHobqfCi46xmlacG2WXlbAjGK3cCCY8W5xP9KtvfGGnavnKiJ-hdjLFBBipLDQ.jpg

Telegram-Kanal des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik: **Die Republik hat einen schweren Verlust erlitten.**

In der Nacht wurde Tschernyj Prapor von Seiten ukrainischer Nationalisten beschossen. Zur Beseitigung der Folgen kamen Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der LVR und Störungsdienstes, als die Nazis einen weiteren Schlag verübten. Opfer wurden fünf Menschen, weitere neun wurden verletzt.

Sie trugen keine Waffen, sondern gaben der Bevölkerung, Strom, Wasser und Gas zurück. Aber das Ziel Kiews sind Schmerz und Leid: unerträgliche Bedingungen für die Zivilbevölkerung zu schaffen und den Genozid an der Bevölkerung des Lugansker Gebiets fortzusetzen.

Ich spreche den Verwandten und Freunde der Toten mein tiefes Mitgefühl aus! Ich wünsche den Verletzten eine möglichst schnelle Genesung.

17:59 de.rt.com: **Europäische Union belegt iranischen Drohnenhersteller sowie drei Generäle mit Sanktionen**

Die Europäische Union hat den iranischen Drohnenhersteller Shahed Aviation Industries und drei Generäle dieses Landes mit Sanktionen belegt. Dies geht aus dem EU-Amtsblatt hervor. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte am Donnerstag auf einer Pressekonferenz, Gerüchte über den angeblichen Einsatz iranischer Drohnen durch Russland seien "nichts anderes als eine Reihe von unbegründeten Schlussfolgerungen und Behauptungen".

abends:

18:13 de.rt.com: **Fünf Russen in USA wegen mutmaßlicher Umgehung von US-Sanktionen festgenommen**

Die USA wollen sieben Ausländer wegen illegaler Beschaffung von Dual-Use-Technologien vor Gericht bringen. Es handelt sich um zwei Venezolaner und fünf Russen, die bereits festgenommen sind. Unter den Verdächtigen ist auch der Sohn eines russischen Gouverneurs. Die US-Behörden haben nach Angaben des US-Justizministeriums fast ein Dutzend Personen und Organisationen angeklagt, die sich an illegalen Handlungen beteiligt haben sollen, um Dual-Use-Technologien aus den USA nach Russland zu exportieren. In der entsprechenden Mitteilung vom Mittwoch heißt es, dass einige dieser Technologien bereits auf Schlachtfeldern in der Ukraine aufgetaucht seien. Das Leak einer Nuklearwaffen-Technologie sei gestoppt worden, ehe sie nach Russland gelangt sei.

Unter Verdacht stehen zwei Venezolaner und fünf Bürger Russlands. Bei den Russen handelt es sich demnach um Juri Orechow, Swetlana Kusurgaschewa, Timofei Telegin, Sergei Tuljakow und Artjom Uss. Die USA legen ihnen illegale Beschaffung US-amerikanischer Dual-Use-Technologien, Geldwäsche und illegale Transaktionen mit venezolanischem Öl zur Last. Die Verdächtigen sollen auch gegen die über Russland und Venezuela verhängten Sanktionen verstoßen haben.

"Die Angeklagten haben Militärtechnologien von US-Firmen erhalten, Millionen Barrel venezolanisches Öl geschmuggelt und Geldwäsche von zig Millionen US-Dollar für russische Industrielle, sanktionierte Organisationen und das weltweit größte Energie-Konglomerat betrieben."

Aus einer Erklärung des US-Justizministeriums geht hervor, dass Orechow und Uss am 17. Oktober in Deutschland beziehungsweise Italien festgenommen worden seien. Man arbeite an ihrer Auslieferung an die USA. Im Fall einer Verurteilung drohen ihnen bis zu 30 Jahren Haft. Der 40-jährige Uss ist der Sohn von Alexander Uss, dem Gouverneur der russischen Region Krasnojarsk. Der Politiker bezeichnet die Festnahme und die Anklage gegen seinen Sohn als politisch motiviert:

"Lieferungen von Öl, Ausrüstung und Technologien, die frei in der ganzen Welt verkauft werden, erklären die USA plötzlich für illegal. Warum? Nur weil dies zum Wohl Russlands getan wird. Die Anklage ist offensichtlich politisch motiviert."

Laut Artjom Sacharow, dem Vertreter des russischen Außenministeriums in Krasnojarsk, sei die Festnahme und mögliche Auslieferung der russischen Staatsbürger unbegründet und inakzeptabel. Das russische Außenministerium und das Generalkonsulat seien darüber informiert und ergriffen alle nötigen Maßnahmen, um die Rechte und Interessen der Festgenommenen zu verteidigen.

Das ist nicht das erste Mal, dass die USA russische Bürger in einem Drittstaat festnehmen lassen. Allein im vergangenen Jahr hat es drei solche Fälle gegeben. Am 21. März 2021 wurde Wladislaw Kljuschin in der Schweiz festgenommen und am 18. Dezember desselben Jahres an die USA ausgeliefert. Die US-Justiz wirft ihm Insiderhandel mit Wertpapieren vor. Am 25. Mai 2021 wurde Wladimir Dunajew in Südkorea festgenommen und am 29. Oktober desselben Jahres an die USA ausgeliefert. Er steht im Verdacht, Cyberbetrug begangen zu haben. Wegen mutmaßlicher Cyberverbrechen wurde am 2. November 2021 in den Niederlanden auch Denis Dubnikow festgenommen und im August 2022 an die USA ausgeliefert.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/63511714b480cc134263406f.jpg>

18:37 de.rt.com: Fünf Rettungskräfte der LVR bei Beschuss durch ukrainische Truppen getötet

Fünf Rettungskräfte Lugansker Volksrepublik seien beim Beschusses der Ortschaft Tscherwony Prapor durch ukrainische Truppen getötet worden. Dies [teilte](#) die Vertretung der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung am Donnerstag auf Telegram mit. In der Erklärung heißt es:

"Während der Beseitigung der Folgen des Nachtangriffs auf Tscherwony Prapor führten die ukrainischen Truppen einen erneuten Raketenangriff aus dem US-HIMARS-Mehrfachraketenwerfer durch, bei dem fünf Rettungskräfte starben und neun weitere verletzt wurden."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/63515a20b480cc6cd9177314.jpg>

19:05 de.rt.com: EU-Parlament bestätigt Nichtanerkennung von Dokumenten, die in neuen russischen Gebieten ausgestellt wurden

Abgeordnete des EU-Parlaments haben einen Beschluss des EU-Rates zur Nichtanerkennung russischer Dokumente unterstützt, die in den neuen Gebieten ausgestellt wurden, weil diese Gebiete ihrer Meinung nach zur Ukraine und zu Georgien gehören.

Zuvor hatte die EU einen ähnlichen Beschluss gefasst, der die Nichtanerkennung russischer Pässe betraf, die in diesen Gebieten ausgestellt worden waren – sie seien für die Beantragung von Visa oder die Einreise in den Schengen-Raum nicht gültig.

Das EU-Parlament und der EU-Rat müssen sich nun auf die endgültige Form der entsprechenden Rechtsvorschriften einigen, die dann nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten werden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/original/6351414248fbef19dc2d08a2.jpg>

19:31 de.rt.com: **Bürgermeister von Brjanka: Ein Zivilist bei ukrainischem Beschuss verletzt**

Beim Beschuss der Stadt Brjanka in der Volksrepublik Lugansk durch ukrainische Truppen mit einer HIMARS-Rakete sei ein Zivilist verletzt worden. Außerdem seien Infrastrukturobjekte und eine Gaspipeline beschädigt worden. Dies teilte der Bürgermeister der Stadt, Jewgeni Morosow, am Donnerstag auf seinem Telegram-Kanal mit. Die Einsatzkräfte sollen den Schaden schon repariert haben. Ein Mann, der schwer verletzt worden sei, sei auf die Intensivstation gebracht worden. Die Ärzte sollen derzeit um sein Leben kämpfen.